

Bezugspreis:

Für den Monat Mai 1800 M.
Vorwärts Verlag, Unter den Eichen
für Deutschland, Dänzig, Saar- und
Rheinland sowie Österreich und
Zugewand 1800 M., für das übrige
Russland 1800 M., Postbelegungen
Kreuzbriefe u. d. Postbelegungen
nehmen an Belgien, Dänemark,
England, Irland, Finnland, Frank-
reich, Schweden, Estland, Estland,
Dänemark, Schweden, Schweiz,
Lithuaniens und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Belmont“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Danhoff 292-293
Verlag: Danhoff 2506-2507

Freitag, den 25. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polizeikonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile
kostet 1200 M., Reklamzeile 6000 M.
„Kleines Anzeigen“ das festgedruckte
Wort 375 M. (zuzüglich zwei fest-
gedruckte Worte), jedes weitere Wort
200 M., Stellensuche das erste Wort
200 M., jedes weitere Wort 150 M.
Worte über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte, Familien-Anzeigen
für Abonnenten Seite 200 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Poincaré zurückgetreten.

Weil der Senat es ablehnt, über Cachtin zu urteilen.

Paris, 24. Mai. (WTB.) Der als Staatsgerichtshof heute nachmittags zusammengesetzte Senat hat sich nach 1/2stündiger Beratung in Sachen des kommunistischen Abgeordneten Cachtin und Genossen für unzuständig erklärt. Der Beschluss wurde mit 30 Stimmen Mehrheit gefasst. Ministerpräsident Poincaré berief daraufhin auf 8 Uhr einen Kabinettsrat ein. Um 8.30 Uhr begab sich das Ministerium ins Elysée und reichte seine Demission ein mit der Begründung, daß es den Beschluss des Senats als ein Mißtrauensvotum auffasse, durch das die Regierung außerstand gesetzt werde, der kommunistischen Majorität Herr zu werden. Wie Havas mitteilt, hat der Präsident der Republik sich geweigert, die Demission des Kabinetts anzunehmen. Einzelheiten fehlen.

Fortsetzung der Pariser Ruhrdebatte.

Rede des Genossen Aurioi.

Paris, 24. Mai. (WTB.) Die französische Kammer setzte heute nachmittags die Beratung über die Kredite für die Ruhrbesetzung fort. An erster Stelle ergreift der sozialistische Abgeordnete Vincent Aurioi das Wort, der feststellt, daß zum ersten Male eine große Debatte über die Ruhrbesetzung stattfindet. Alle Alliierten hätten anlässlich der Pariser Konferenz die Notwendigkeit anerkannt, Deutschland ein Moratorium zu bewilligen. Nur über die Form habe keine Einigung erzielt werden können. Poincaré ruft das zu wünschen: Wir waren nicht einig über die effektiven Garantien, die man von Deutschland fordern sollte. — Aurioi geht alsdann auf den Verlauf der Pariser Konferenz ein. Weider Frankreichs Alliierte noch Frankreich selbst hätten von Deutschland Pfänder verlangt, denn es sei ja in diesem Sinne kein Ultimatum gestellt worden. Nicht einmal das von Deutschland geforderte Moratorium sei von der Konferenz geprüft worden, noch habe die Konferenz Bergmann angehört. Poincaré unterbricht und erklärt, Deutschland habe der Konferenz kein Ersuchen über ein Moratorium unterbreitet. Was die angeblichen Vorschläge Bergmanns anbetreffe, so habe die deutsche Regierung nur unter dem energischen Druck der Sozialdemokraten gehandelt, um den Glauben zu erwecken, als habe man Vorschläge gemacht. Bergmann habe tatsächlich verlangt, von den Alliierten während der Konferenz von Paris gehört zu werden. Es wurde ihm geantwortet, daß man eine Antwort erteilen werde, wenn sich die Alliierten über eine gewisse Anzahl von Punkten geeinigt hätten. Da diese Einigung nicht zustande gekommen sei, sei es nicht notwendig gewesen, Herrn Bergmann anzuhören.

Nach Aurioi ergreift

Poincaré

das Wort: Die Rede des ehemaligen Vorsitzenden der Reparationskommission Louis Dubois sei nicht die Rede eines Buchhalters gewesen, sondern die Rede eines Richters über Deutschland. Er habe deshalb nicht nötig, nochmals an die Verfehlungen Deutschlands zu erinnern. Poincaré geht jedoch nochmals auf die Vorgeschichte des Londoner Zahlungsplanes ein und erklärt, die Summen des Friedensvertrages von Versailles bildeten ein Minimum, unter das man gerechterweise nicht heruntergehen könne. Trotzdem habe Frankreich in einem Gefühl des Entgegenkommens den Zahlungsplan von London angenommen. Das Londoner Ultimatum habe Deutschland gezwungen, den Zahlungsplan anzunehmen, um die Ruhrbesetzung zu verhindern. Seitdem habe aber Deutschland nicht einen Augenblick unterlassen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Deutschland habe keinerlei Anerkennung für das geleistet, was man ihm zugebilligt habe. Im Gegenteil, es habe keine Anstrengungen gemacht, um zu erfüllen. Es habe sein Budget nicht umgestaltet. Der Abg. Aurioi habe erklärt, daß die Ruhrbesetzung die internationale Anleihe verhindert habe. Aber wer habe denn diese Anleihe unmöglich gemacht, wenn nicht Deutschland selbst, da es seine Finanzen nicht sanfter und seine unerhöhten Ausgaben für öffentliche Arbeiten nicht eingespart habe? Der Ministerpräsident erinnert alsdann daran, wie Deutschland ein Moratorium verlangt habe und wie es zu einem Abkommen gelangt sei, das Belgien als die allein interessierte Macht angenommen habe. Frankreich habe kein Moratorium für drei Jahre bewilligen können, weil es gewünscht habe, daß

Die bewaffneten Formationen und Geheimorganisationen

sich in Deutschland vermehren und daß nach einer Frist von drei Jahren die Alliierten auf einen noch größeren schlechten Willen Deutschlands gefaßt sein würden. Die Reparationskommission sei unter diesen Umständen gezwungen gewesen, die Verfehlungen Deutschlands festzustellen, da Deutschland hätte auf die Kohle verzichten können, die es vor der Besetzung sich geweigert (1) hatte, Frankreich zu liefern. Frankreich hätte es vorgezogen, daß die Aktion im Ruhrgebiet von allen (1) Alliierten angenommen worden wäre, es habe darin aber nicht die Initiative zu einem Bruch erblickt. Im Gegenteil, alle Akte der Interalliierten Kommission seien mit Stimmenmehrheit beschlossen worden. Poincaré dankt dann den Belgiern und Italienern und zollt der löblichen und entgegenkommenden Haltung Bonarrows Anerkennung, dem er baldige Genesung wünscht. Sodann begrüßt er herzlich den neuen englischen Ministerpräsidenten, der dem Kabinett angehört habe, das Frankreich so viel Freundschaftsbeweise gegeben habe. Aber trotz dieser Bewei-

se habe England durch seine Absonderung in Deutschland den Glauben verläßt, daß, wenn nicht unter den Alliierten ein Bruch vorhanden sei, so doch wenigstens ein schwacher Punkt festzustellen wäre. Auf diese gütlichweise unbegründete Schwäche habe Deutschland spekuliert. Wäre England mit den anderen Alliierten vorgegangen, hätten die deutschen Industriellen, Beamten und Arbeiter sich geweigert, Widerstand zu leisten. Da England abwesend sei, habe

Deutschland das organisiert, was es fröherlicherweise seinen passiven Widerstand nennt. Nichts sei lägenhafter als die deutsche Behauptung, die Bevölkerung habe sich geweigert, mit Frankreich zusammenzuarbeiten. Die vom Abg. Aurioi verlangte Zusammenarbeit zwischen der deutschen Bevölkerung und den französischen und alliierten Behörden hätte durchgeführt werden können, wenn nicht der Befehl von Berlin (1) gekommen wäre, diese Zusammenarbeit zu verhindern. Poincaré widerlegt dann einige vom Abg. Margaine am

Dienstag gemachten Ausführungen an den Besetzungsmethoden. Wenn Frankreich französische Eisenbahnen nach dem Ruhrgebiet geschickt hätte, bevor die deutschen Eisenbahnen ihren Dienst verlassen hätten, so hätte man Frankreich angeklagt, es hätte die deutschen Eisenbahnen verjagt. Es sei besser gewesen, den Beweis von Ausdauer zu geben. General Degoutte habe den Teil des Ruhrgebietes umzingelt, der 90 Millionen Tonnen Kohle fördere, während der nicht eingetretene Teil nur 8 Millionen bringe. Die Zwischenfälle in Essen hätten bewiesen, daß man nicht auf den guten Willen der Fabrikdirektoren hätte rechnen können. (1) Wenn man der französischen Regierung anempfehle, sich an die Arbeiterklasse und an die Kommunisten zu wenden, dann erkläre er, man verlange nicht mehr, als die Mitarbeit der Arbeiter feststellen zu können. Frankreich habe übrigens Maßnahmen ergriffen, die seinen Bedarf an Kohle und Koks sicherstellen, welches auch die Haltung der Deutschen sei. Die Maßnahmen, die man getroffen habe, ermöglichen eine tägliche Ankunft von 10 000 Tonnen. (Damit war die Rede Poincarés noch nicht beendet.)

Die Krawalle an der Ruhr.

Provokateure an der Arbeit.

Gelsenkirchen, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Heute begannen Verhandlungen mit den städtischen Behörden, den Gewerkschaften und den Ausschüssen über die Bildung eines Selbstschutzes. Die Kommunisten erklärten sich bereit, die Sicherheit der Stadt zu garantieren. Wie wenig sie aber dazu in der Lage sein werden, beweist, daß einer ihrer Führer bereits vor Beginn der Verhandlungen erklärte, daß er die Leitung der Massen nicht mehr in der Hand habe. Die Verhandlungen wurden heute vormittag unterbrochen und dauerten um 7 Uhr abends noch an. Es ist aber damit zu rechnen, daß eine Einigung erzielt wird über die Bildung eines Selbstschutzes, bestehend aus den Mitgliedern der Gewerkschaften aller Richtungen. Inzwischen haben sich neue Pländerungen und durch die Kommunisten angeordnete Zwangsverkäufe ereignet. Es sei festgestellt, daß die organisierten Kommunisten sich gegen die Pländerer gewandt haben. Auf der Suche nach Mitgliedern des Selbstschutzes erschlugen die Ausschüsse einen Kaufmann in seiner Wohnung und verletzten zwei andere Leute schwer. Die Zahl der Toten beträgt sieben. Die Vormittagsgasse der Zechen ist noch eingefahren, aber die Mittagsgasse wurde von den Kommunisten an der Einfahrt gehindert. Auf den Zechen ist der Streik allgemein, was vor allen Dingen zurückzuführen ist auf die schlechte Entlohnung der Bergarbeiter. In der Metallindustrie schweben zurzeit Verhandlungen; in einzelnen Betrieben wurde die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Wenn die Regierung und die maßgebenden Wirtschaftskreise nicht scharf eine Aenderung ihrer Lohnpolitik vornehmen, dürften noch schwere Kämpfe im Ruhrgebiet zu erwarten sein.

Die Vernichtung des Polizeipräsidiums reißt sich würdig an ähnliche Kulturakten der Franzosen an, die ihre Schlingel durch schlüssige Duldung in ihrem verbrecherischen Treiben unterstützen. Man hat nicht nur sämtliche Akten des Polizeipräsidiums, sondern auch Telephonapparate und Schreibmaschinen auf die Straße geworfen. Und das alles unter der auf dem Polizeipräsidium gehissten roten Fahne. Die Arbeiterklasse in ihrer überwiegenden Mehrheit wendet sich mit Abgesehen von diesem Vorgehen ab und ist entrüstet über die Schändung der Flagge des Sozialismus durch das Verbrechergesindel.

Im Landkreise Hamm ist es heute noch ruhig. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die Zechen „Sachsen“ bei Heeren heute mitag, und die übrigen Zechen des Bezirks nach Abhaltung der heute einberufenen Delegatensammlungen morgen früh in den Ausstand treten werden.

Gewerkschaftlicher Selbstschutz.

Gelsenkirchen, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Organisation eines Selbstschutzes sind zum Abschluß gelangt. Unter Mitwirkung der Stadtverwaltung hat sich eine Notorganisation gebildet, die im wesentlichen aus Angehörigen der Gewerkschaften aller Richtungen besteht. Sie hat den Straßendienst bereits aufgenommen.

Gelsenkirchen, 24. Mai. (WTB.) Im Laufe der Nacht sind noch zwei von den gefahrenen schweren Verletzungen ihren Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Toten auf sieben erhöht. Heute zeigt die Stadt ein ruhiges Aussehen. Die Geschäfte und Wirtschaften sind noch geschlossen. Die Straßenbahn verkehrt wieder. Der Brand im Polizeipräsidium konnte heute früh gelöscht werden; das obere Stockwerk ist ausgebrannt. Der Platz vor diesem Gebäude ist durch Stricke abgesperrt. Mehrere 15- bis 20-jährige Jünglinge mit roten Armbinden versehen den Ordnungsdienst. Heute vormittag rückten aus der Umgebung mehrere Hundertschaften an, die sich auf der Wiese versammelten. Sie haben sich aber wieder zurückgezogen, als sie hörten, daß mit der Stadtverwaltung wegen der Übernahme des Schutzes der Stadt durch die Arbeiter Verhandlungen im Gange seien.

Bei den Verhandlungen im Rathaus wurde folgendes vereinbart: Es soll eine viergliedrige Kommission gebildet werden, bestehend aus je einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings und der Union der Hand- und Kopfarbeiter. Dieser Kommission, die den Schutz der Stadt übernimmt, wird als sachmännlicher Berater Polizeisuperintendent zur Seite gestellt. Für den Schutz der Stadt haben zu stellen: die Freien Gewerkschaften 150, die Unionisten 100, die Christlichen 75 und die Hirsch-Dunderschen ebenfalls 75 Mann. Die neue Organisation tritt morgen in Kraft.

Bochum, 24. Mai. (WTB.) Die Kommunisten versuchen neuerdings, im Bochumer Revier die Generalstreikparole durchzuführen. Auf mehreren Zechen, so auf der Zeche „Karoline“, wurden die Raschisten gezwungen, die Förderung einzustellen. Auf dem Alten Markt in Bochum versuchten mehrere hundert Kommunisten, die Preise herabzusetzen. Darauf verließen sämtliche Händler den Markt. Die Kaufhäuser haben ihre Geschäfte geschlossen. Für heute nachmittags haben die Kommunisten große Versammlungen einberufen. Der alte Bergarbeiterverband erläßt eine Rundgebung, in der er erklärt, alles aufgeben zu wollen, um den Bergemaltingungen der Belegschaften ein Ende zu machen.

Essen, 24. Mai. (WTB.) Von den Bergarbeiterorganisationen sind die allgemeinen Forderungen auf eine erneute Lohnerhöhung den Arbeitgebern überreicht worden. Voraussichtlich wird Mittwoch nächster Woche darüber verhandelt.

Wer sind die „Grünen“?

Dortmund, 24. Mai. (WTB.) Die Lage in Dortmund ist unverändert. Neu in den Streik getreten ist die Zeche „Hardenberg“. Von der Zeche „Jollern“ kreißt über die Hälfte der Belegschaft; die Arbeitswilligen wurden heute vormittags aus der Grube herausgeholt. Verschiedene Gegenstände aus der Schachtanlage wurden dabei demoliert. Die Belegschaft der Schachtanlage 3 von der Zeche „Mont Cenis“ ist ebenfalls in den Streik getreten. Die Kommunisten versuchen, auf den übrigen Schachtanlagen die Leute aus den Gruben zu holen. Auf Zeche „Viktor“ kam es zu Zusammenstößen; der Polizei gelang es jedoch, die Zeche zu räumen. Auf den Zechen „Borussia“ und „Jollern“ versuchten die Kommunisten, Telefonleitungen zu zerstören, und beraubten die Magazine. Zeche „Wienbachlank“ bei Kruckel wurde gleichfalls von den Kommunisten besetzt. Es wird seit heute mittag gestreikt; ferner wurde Schacht „Kaiser Friedrich“ in Ringlinghausen stillgelegt. Auf der Zeche „Konstantin der Große“ ist Schacht 2 besetzt worden; die Kommunisten sind im Anmarsch auf Schacht 5 und 6. — In Bochum sind Trupps einmarschiert, offenbar aus Gelsenkirchen; sie tragen grüne Abzeichen (?), zum Teil grüne Schlipfe, grüne Kragen oder grüne Schleifen.

Niemand weiß, wer die Putzschiffe in den Ruhrstädten veranlaßt hat. Plötzlich sind sie da, plausibel und sinnlos, verheerend und zerstörend in ihrer ganzen Anlage. Man singt die Internationale, schlägt einiges kurz und klein, zündet das Polizeipräsidium an und predigt den Generalstreik. Den aus organisierten Arbeitern mitgebildeten Selbstschutz — da die Franzosen den staatlichen Schutz vertrieben haben — behandeln die Putzschiffe als kriegsführende Macht, mißhandeln seine Mitglieder und treiben sie aus der Stadt hinaus. Der Telegraph meldet in alle Winde die „kommunistischen“ Grfolge. Und in allen Blättern sind geistvolle Abhandlungen über die Frage zu lesen, warum Severing nicht rechtzeitig die kommunistischen Hundertschaften verboten habe.

Indessen werden selbst die Kommunisten fröhlich. Sie, die nicht laut genug schreien können, um den Faschismus zu bekämpfen, die die mitteldeutschen Blutlatten auf dem Gewissen haben, die mit immer neuen Parolen immer neue Schichten der Arbeiter in Verwirrung bringen — diese selben Kommunisten müssen jetzt in Gelsenkirchen mit den Reiten der städtischen Polizei und den Gewerkschaften aller Richtungen gemeinsam eine Rotorganisation gegen das Verbrechergesindel schaffen, nachdem die rote Fahne durch Brandstifter geschändet wurde!

Wenn selbst die Kommunisten abrücken von den gewalttätigen Elementen, wer steht dann noch hinter ihnen? Unser Dortmunder Parteiblatt macht Andeutungen, die manchem zu denken geben sollten, indem es schreibt:

Von einer ganzen Anzahl unserer Genossen werden Beobachtungen gemacht, die darauf hindeuten, daß auch die Kommunisten nur Werkzeuge anderer sind. Jedenfalls steht fest, daß auch kommunistische Arbeiter diese gewalttätigen Umtriebe scharf verurteilen.

Die Dinge sind so, daß die Dortmunder Kommunisten und Unionisten nicht mehr Herr der Bewegung sind. Das Schwergewicht liegt bei den von auswärts kommenden Elementen, die sich gegenseitig genau an irgendwelchen Abzeichen kennen müssen und die teils in kleineren, teils in größeren Trupps auftreten. Auffallend ist, daß sie meist blaue Mägen tragen, ähnlich der Kopfbedeckung der Nationalsozialisten. Wir stellen dies nur fest, ohne daraus jetzt schon bestimmte Folgerungen ziehen zu wollen. Nach der Erfahrung kann aber angenommen werden, daß auch rechtsradikale Elemente als Provokateure unter ihnen sind. Bekannt ist, wie sehr die Rechtsputschisten solche Vorfälle wünschen bezüglich ihrer innerpolitischen Ziele, und andererseits sind ihnen diese Vorgänge auch nicht unerwünscht, soweit die Auswirkung auf die Befähigung in Frage kommt. Ihr Ziel ist, Chaos zu schaffen.

Auf alle Fälle sind diese Dinge für die Arbeiterschaft eine ernste Mahnung und Warnung, daß sie sich nicht zum Spielball der Provokateure machen läßt, daß sie sich mit ihnen nicht solidarisiert, sondern vielmehr einen scharfen Trennungsschnitt zieht und vor allem allen Ansammlungen fernbleibt, die von dieser Seite ausgehen.

Niemand wird bestreiten können, daß diese Vermutungen sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich haben. Alle rechtsbolschewistischen Geheimorganisationen haben ja immer als moralischen Schild für ihr antirepublikanisches Treiben die angebliche bolschewistische Gefahr, der sie begegnen möchten. Wenn solche Gefahr nicht besteht, muß man sie eben schaffen. Und wenn irgendwo die Möglichkeit dazu vorhanden ist, dann im Ruhrrevier, wo die staatlichen Ordnungsorgane vertrieben sind und die tatsächliche Rot der arbeitenden Bevölkerung ihnen die Möglichkeit bietet, die Erbitterung in das ihnen genehme Fahrwasser zu lenken. Man soll deshalb den Provokateuren überall auf die Finger sehen, nicht nur im Ruhrrevier! Und man sollte in der kommunistischen Partei endlich auch den journalistischen Wortführern auf die Finger sehen, die das große Unheil anrichten, um nachher davon abzurücken. In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat am Donnerstag ein Kommunist die Erklärung abgegeben, das seine Partei die Vorgänge im Ruhrgebiet nicht billige, sondern vielmehr bedauere, weil irgendein Zweck nicht zu erkennen sei. Schön! Aber die „rote Fahne“ hat noch gestern jeden zum Verräter gestempelt, der nicht bedingungslos die Gelsenkirchener Krawalle billigt und auf die Polizei als Bluthunde schimpft. Es ist schon immer so, daß wenn nationalsozialistische Provokateure ein Feuerchen brauchen, sich auch sogenannte Kommunisten finden, die es ihnen anzünden. Und die Sozialdemokratie wie die veräffelten Gewerkschaften sind dann dazu gut, es wieder zu löschen.

Baden gegen die Deutschvölkischen. Nach einer Privatmeldung aus Karlsruhe hat der Staatsanwalt gegen vier von den acht Personen, die vor kurzem unter dem Verdacht, einer Geheimorganisation anzugehören, verhaftet wurden, nunmehr Anklage wegen Geheimhändeln erhoben.

Opernkrach.

Noch bevor die Kroll-Frage endgültig geregelt ist, noch bevor die Staatsoper sich auf einen neuen Betrieb einstellen kann, der Krollarbeit verlangt, mitten in eine Krise hinein baut sich eine neue auf: die Kapellmeisterfrage ist überspitzt und steht zur Diskussion, nachdem wochenlang durchdringende Geheimnisse laut wurden. Man muß gestehen: in diesem Augenblick kommt die Frage der Personalüberhebungen nicht gerade gelegen. Andererseits muß gesagt werden, daß ein Institut, das zu gleicher Zeit die drei ersten Dirigenten auf Auslandsurlaub schiebt, nicht leistungsfähig bleiben kann. Eine Klärung muß also erfolgen; aber bevor diese am grünen Tisch ausgearbeitet ist, darf manche Frage aufgeworfen werden, über die auch die Öffentlichkeit Bescheid wissen möchte.

Daß Schilling sich in seiner Doppelstellung nicht wohl fühlt, ist begreiflich. Ein Künstler seiner Qualität ist nicht gern Bureau-mensch. Sein Ansehen als Operndirigent vor lauge vorauszusehen. Ein geborener Dirigent ist er nicht. Als Zugkraft käme er, der in Wagners Geist fühlt, schreibt und denkt, nur für gewisse Bezirke des Repertoires in Betracht. Sein Gehalt und sein Können in Ehren — es fehlt ihm der Nerv und die Elastizität, es fehlt ihm die immer wache Bereitschaft, auch schwerigen Orchesterproblemen gegenüber Herr der Situation zu bleiben. Als man offiziell nach einem Generalmusikdirektor rief, warf man den ehrgeizigen und wirklich ganz unentbehrlichen Leo Blech aus dem Sattel. Diesen Mann mit dem unsehnbaren Instinkt, dem nie verlogenden Kanonier mit dem Orchester, der absoluten Autorität in Ensemble- und Solistenproben, diesen Mann, der auch noch einen starken Ehrgeiz und Stolz sein eigen nennt, mußte der Ruf nach Furtwängler verleiten und verbittern. Seit Wochen weiß man, daß er gehen will. Bietet ihm das Charlottenburger Opernhaus Gelegenheit, seine Kunst an wirklichen Aufgaben zu erproben, so wird das für die Bismarckstraße ein Gewinn, für die Linden ein großer Verlust sein. Und nun nennt man Clemens Krauß aus Wien als Generalmusikdirektor, der wohl zugleich für die Konzerte wie für die Aufführungen der Staatsoper verpflichtet werden soll. Kein Mensch kennt ihn. Und was an der Donau brilliert, braucht an der Spree noch kein Licht zu sein. Man liest Gutes über den jungen Musiker. Wird man ihn engagieren, ohne ihn gehört zu haben, ohne daß Presse und Publikum etwas von ihm wissen? Der Fall Abendroth dürfte die Unvorsichtigen warnen. Und es darf bei einer Kandidatenliste für die erste Oper Deutschlands nicht, wie es in anderen Städten bereits geschah, der Tauffchein als Entreebillet in die geduldeten Hallen der Kunst gelten. Und eine letzte Frage: Denkt niemand beim Weggang Blechs an seinen ganz vorzüglichen, in vielen Sätzen erprobten Kollegen Stiedry? Ist nicht ein Stiedry in der Hand besser als ein Krauß auf dem Dache? Hat man so viele Genies der Dirigierkunst zur Auswahl, daß man ein so hartes, ein mit Orchester und Theater so fest verankertes Talent wie Stiedry einfach beiseiteschiebt? Das geht nicht an. Der Takt und die Klugheit fordern, daß Stiedry in Blechs Position einrückt. Und wenn die Staatsoper bei Kroll einzieht: Stiedry ist der rechte Mann, hier Generalmusikdirektor zu erhalten. Wir kennen seine Schwächen, aber wir schätzen seine Weitervertraulichkeit, den Ernst und das Temperament seines Hörens, seine Sensibilität und seine

Preußen und Dänemark.

Ein Grenzlandproblem.

Der preussische Ministerpräsident Braun gab dem Vertreter des Danst Telegram-Büro, Dr. Nielsen, eine Unterredung über das norddeutsche Grenzlandproblem. Herr Nielsen versicherte, das dänische Volk stehe heute Deutschland näher als je, gewisse Schwierigkeiten beruhe nur das deutsch-dänische Zusammenleben an der Grenze. Auf dänischer Seite erregte es z. B. eine gewisse Verstimmung, daß die deutsche Schulordnung den Minderheiten einen geringeren Spielraum biete als die dänische.

Der Ministerpräsident erwiderte darauf, die preussische Schulordnung sei eindeutig. In Schleswig könne jedes Kind in dänischer Sprache unterrichtet werden, wenn ein Elternteil es wünsche. Die Entfaltung der dänischen Beirätigkeit in Flensburg beweise die Liberalität der preussischen Schulbehörden, während die dänische Schulordnung jenseits der Grenze für die deutschen Minderheiten zwar ganz gut aussehe, aber durch Ausführungsanordnungen und Bürokratismus stark eingeschränkt werde. Weiter sei festzustellen, daß die deutsche Loyalität von dänischen Chauvinisten auf deutschem Gebiet in tief bedauerlicher und oft empörender Weise mißbraucht werde. Man müsse Deutschlands Not dazu aus, deutsche Eltern durch finanzielle Vordrucke dazu zu verleiten, ihre Kinder in dänische Schulen zu schicken, die diesen Kindern dann alle möglichen Vorteile zuteil werden lassen. Diese Art von Propaganda spiele auf dänischer Seite überhaupt eine große Rolle und müsse auf deutscher Seite gewaltige Empörung auslösen. Hinzu käme eine aggressive dänische Pressepropaganda mit maßlosen Forderungen. Die dänische Forderung nach der Übergabe münche Deutschland verleihe. Es sei ungeheuerlich, wenn auf dem kleinen Raum von Schleswig vier dänische Zeitungen erscheinen, davon drei in deutscher Sprache, die in großen Massen für unter dem Allpapierwert liegenden Preisen unter die Bevölkerung geworfen werden. Ein derartiger Presseapparat könne nur durch interne Propagandagelder aufrechterhalten werden, mögen sie nun vom „Grünjorening“ oder dem „Sonderjordsfunds“ stammen. Es könne mißverständlich wirken, wenn auch die dänische Regierung in den Etat einen Posten von 200 000 Kronen zu „Kulturzwecken“ einsetze. Eine derartige „Kulturpolitik“ müßte erbitternd wirken. In Deutschland habe man die besten Gefühle für Dänemark, und man wünsche nichts so sehr, als ein möglichst gutes Zusammenarbeiten an der Grenze, aber aus der Saat, die gegenwärtig dänische Chauvinisten in deutschen Nordschleswig ausstreuen, könne für beide Völker nur Unheil erwachsen.

Wir können den Klagen des preussischen Ministerpräsidenten, Genossen Braun, nur zustimmen. Gerade an dieser Stelle ist immer wieder auf die Notwendigkeit eines friedlichen Ausgleichs zwischen Deutschland und Dänemark hingewiesen worden und unaufrichtiger Hegearbeit von deutscher Seite ist mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen worden. Zu gleicher Zeit wurde aber auch rechtzichtig auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die aus der Propaganda und Geldpropaganda gewisser dänischer Kreise entspringen. Im Interesse eines friedlichen Ausgleiches läge es, wenn man in Dänemark endlich offiziell von einer Propaganda abrückte, die für beide Teile gefährlich und erniedrigend ist.

Hohenzollernsche Holzwirtschaft.

Vor kurzem machten wir darauf aufmerksam, daß die immer noch völlig unkontrolliert in den Händen der Hohenzollern befindlichen Domänen und Forsten dringend einer Beobachtung durch die dafür verantwortliche preussische Regierung, im besonderen des preussischen Finanzministeriums, bedürfen. Wir weisen mit der gebotenen Zurückhaltung auf merkwürdige Vorgänge hin, unter anderem auf die Reise eines deutschen Rechtsanwalts nach Paris, der, mit Millionenverträgen in der Tasche, dort auf Umwegen über angeblich hohenzollernsche Vermögensteile in Polen verhandelt. Dann wurde besonders darauf hingewiesen, daß die hohenzollernsche Holzgewerbe dringend einer etwas eingehenderen Kontrolle bedürfen. Hat doch eben erst das Kammergericht über die Geschäfte eines merkwürdigen Sägewerkes ein für

die verantwortliche Verwaltung recht lautes Urteil gesprochen. Wir haben dabei darum gebeten, daß die zuständige Behörde sich doch einmal selbst um die von uns angezeigten Dinge kümmere. Es geht nicht an, die hohenzollernsche Vermögensverwaltung oder die reichlich ungenügend wirtschaftende Hofkammer auf dem Kleinenwege darüber berichten und für Verurteilung des Gewissens sorgen zu lassen.

Was wir voraussetzten, aber nicht für möglich hielten, ist doch geschehen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, hat bisher das preussische Finanzministerium noch nicht einen eigenen Schritt in der von uns angezeigten Sache getan, es hat sich lediglich darauf beschränkt, von den Mitschuldigen aufgeklärt zu werden. Wir müssen deswegen heute deutlicher werden.

Verläufig seien die folgenden Fragen gestellt:

1. Weiß die zuständige Behörde, daß das hohenzollernsche Sägewerk seit Jahren ohne jede Kontrolle und trotz des Widerspruchs der Forstverwaltungen ohne Auftrag (?) und ohne Rechnung zu legen Holz aus den Wäldern wegführt, schneidet und verhandelt?

2. Weiß die zuständige Behörde etwas über ein Separatkonto bei der Preussischen Seehandlung, das mit jenen merkwürdigen Holzverwertungen zusammenhängt?

3. Weiß die zuständige Behörde, daß die Oberrechnungskammer wegen der bodenlosen Mißwirtschaft in den Wäldern des hohenzollernschen Sägewerks verschiedentlich Einspruch erhoben hat, ohne daß es irgendwelchen Erfolg gehabt hat?

4. Weiß die zuständige Behörde, daß man in Neubrück und Umgebung sich merkwürdige Dinge über den Neubau eines Gasthofes, über Revisionen mit „kleinen“ Feierlichkeiten, über Militionentanzmen und anderes erzählt?

Wir erwarten jetzt, daß rasch und energisch zugegriffen wird. Auch diesmal werden wir unsere Leser, wie bei der feinerzeitigen Veröffentlichung zugesichert und heute bewiesen, über die Maßnahmen der verantwortlichen Aufsichtsbehörde unterrichten. Es bleibt zu hoffen, daß nunmehr keine weiteren Einladungen zum raschen und direkten Eingreifen erfolgen müssen.

Knilling gegen Cuno?

München, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Seit einiger Zeit schon mehren sich die Anzeichen, daß die bayerische Regierung dem Reichskanzler Cuno bei nächster Gelegenheit die Gefolgschaft aufkündigen wird. Vor allem sind es die Deutschnationalen, die inzwischen in der Regierung Knilling ihren Einfluß und ihre ganze Position bedeutend verstärken konnten, die zum Bruch treiben. Auf ihrer Tagung am 20. und 21. Mai konnte der Pfarrer Traub bereits darüber berichten, daß die Regierung Knilling einen bereits anderen Kurs einhalte als die offizielle Reichspolitik. Auf Erkundigung bei den zuständigen Stellen hört man nun, daß tatsächlich die bayerische Regierung in der Ruhr- und Reparationsfrage heute eine ganz andere Haltung einnimmt als das Reichskabinett. Damit ist das sorgsam gehütete Geheimnis gelüftet, daß auf der letzten Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin der bayerische Vertreter, Herr v. Knilling, seiner abweichenden Meinung „aus dem Gefühl tiefer Beforgnis heraus“, wie es jetzt heißt, freimütigen Ausdruck gegeben hat.

Vorführungsbefehl gegen Dietrich Eckart.

München, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Völkischen Beobachters“, Dietrich Eckart, der sich bekanntlich vor dem Staatsgerichtshof verborgen hält, hatte heute vormittag das Münchener Schöffengericht wegen Beleidigung zu verhandeln. Gegenstand der Klage war ein Aufsatz des „Völkischen Beobachters“ über die von der Sozialdemokratischen Partei unter den Leitworten „Brot in Rot“ abgehaltenen Versammlungen. Durch diesen Aufsatz fühlte sich der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins, Wimmer, beleidigt. Da, wie zu erwarten war, Herr Eckart zur Verhandlung nicht erschien und auch keinen mit einer gültigen Vollmacht versehenen Verteidiger geschickt hatte, beschloß das Gericht die Aussetzung der Verhandlung und erließ zugleich Vorführungsbefehl gegen Eckart.

Jugend. Gebt ihm das Amt am Fuße, das er sich in Berlin verdient hat, und er wird in leitender Stellung seinen Posten ausfüllen.

Die Alten sind noch nicht geschlossen. Die Konjunktur mögen dafür Sorge tragen, daß bei den vielen geplanten Verschiebungen innerhalb des Opernbetriebes nicht das Odium der Schiebungen auf das vornehmste Musikinstitut fällt! Kurt Singer.

Wie Scheidemann „gegaufft“ wurde. Im neuesten Heft der „Blode“ veröffentlicht Philipp Scheidemann erste und heitere Erinnerungen aus seinem Leben. Den Anlaß dazu bietet ihm der Umstand, daß in diesem Monat 40 Jahre verfloßen sind, seit er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und seiner gewerkschaftlichen Organisation wurde.

„Für die Sozialdemokratische Partei“, erzählt er, „habe ich schon als 17jähriger Bekehrte den streng verbotenen Zirkel „Sozialdemokrat“ und gänzlich unerlaubte Flugblätter verbreitet, nachdem ich mancherlei Schriften Lassalles gelesen und — keineswegs immer mit Erfolg — zu verstehen versucht hatte. Meine reguläre Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei zähle ich aber erst von dem Montage 1883 ab, an dem — nachdem ich Gehilfe geworden war — mir der damalige Vertrauensmann Heinrich Huba, jetzt Stadtrat in Kassel, eine kleine Sammelbüchse mit der Widmung übergab, unter meinen jüngeren Freunden fleißig für die Partei und für die Familien der Ausgewiesenen zu sammeln.“

In meine Gewerkschaft hätte ich eigentlich schon Ende April 1883, sofort nach Beendigung meiner Lehrzeit, aufgenommen werden müssen; das wurde jedoch aus einem sehr ipsohastischen Grunde um einige Wochen verzögert. Wie viele andere Gewerkschaften, so hielt auch die Buchdrucker damals noch an einem rituellen, zünftigen Gebrauche fest: dem „Gautschen“. Als zünftiger Gehilfe wurde nur der angesehen, der regelrecht gequaft war. Was das ist, ist nicht ganz leicht zu erzählen, doch ich will es versuchen. Wenn der junge Mann, der seine vierjährige Lehrzeit beendet hatte, nichtsahnend dabel war, mehr oder weniger lesbare Manuskripte zu entziffern — Schreibmaschinen waren damals noch nicht im Gebrauch —, dann packten ihn plötzlich einige handfeste ältere Kollegen bei den Händen und Füßen, schlangen ihn noch und drückten dann den Teil seines Körpers, von dem man auf Grund anatomischer Erkenntnisse behauptet, daß er do anfängt, wo der Rücken aufhört, seinen onständigen Namen zu führen, auf einen riesigen Schwamm, der — so wasserhaltig als möglich — auf einen der mehr als meterhohen dreibeinigen Korrigierstühle gelegt worden war. Während der Delinquent dann, umringt von allen bereits gequaften Gesellen, die trampfhaftesten Anstrengungen macht, sich dem Schwamm fernzuhalten, spricht der Gautschmeister die von talentierten Kollegen verfaßten Bewunderungsformeln und sonstige feisame Sprache. Nach dieser Louie wurde dann bei feuchfröhlichem Gelage dem Gequaften hierlich ein Gautschbrief überreicht. Von da ab erst wurde der Jünger der schwarzen Kunst für voll angesehen. Bis es den Kollegen gelungen war, mich auf den Schwamm zu bringen, waren nahezu drei Wochen vergangen.“

Matin in deutschen Gesteinen. Platin, dieses kostbarste Edelmetall, findet sich auch in deutschen Gesteinen, doch ist es bisher noch nicht geplatzt, diese großen Werte für unser Land nutzbar zu machen. Wie Rudolf Hundt in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführt, war es zu Anfang dieses Jahrhunderts der Marktscheider

Schreiber, der das Vorhandensein von Platin in Gesteinen des Sauerlandes, im Westerwald und im Siegerland nachwies. Dann fand man Spuren von Platin im Goldlande des Rheins und im Harz. Platinführend sollen auch die Klamm- und Wittroffschiefer der Saalfelder Gegend in Thüringen sein, und ebenso bergen die Eruptivgesteine des Rastauischen zum Teil Platin. Hier will man am „Schwarzen Eisen“ und „Oberbleien“ sogar 40 Gramm Platin in einer Tonne Gestein festgestellt haben. Dieser hohe Platingehalt deutscher Steine erschien sehr auffällig, und es sind deshalb in neuester Zeit von der Geologischen Landesanstalt in Berlin Nachprüfungen vorgenommen worden, die zeigten, daß der Platingehalt viel zu hoch angenommen war. Der Fehler kam daher, daß sich Platin bei höheren Temperaturen über 1000 Grad Celsius verflüchtigt. Geht man nun in einem Laboratorium bei so hohen Temperaturen häufiger mit Platingefäßen um, so setzt sich der Platinhauch auf umherstehende Geräte ab, die dann später wieder bei Platinanalysen benutzt wurden. Unter Berücksichtigung dieser Fehlerquellen wurde nun der Platingehalt in deutschen Gesteinen und Erzen noch einmal vorsichtig untersucht. Immerhin zeigte sich, daß manche Gesteine 0,4 bis 0,6 Gramm Platin pro Tonne enthalten. Ein geeignetes Aufbereitungsverfahren, dieses Platin zu gewinnen, ist aber bisher noch nicht geklärt.

Freiwillig-Massenschau in Moskau. Auf dem Wwedenskiplatz in Moskau wurde jüngst unter freiem Himmel ein von Arbeitern und Rotarmisten dargestelltes Massenschaustück vorgeführt, welches „Die Vernichtung des Kapitals“ genannt ist. In einem Ende des Platzes türmte sich in Form eines drohenden gewaltigen Klumpens das „Reich des Kapitals“; die um diesen Klumpen gescharten Gruppen lösten sich nach und nach im Vormarsch gegen die an anderen Ende des Platzes lagernden Arbeitermassen. Auf einen Wink der Kommunistischen Internationale, die auf dem Dach des „Palais der Arbeit“ thronte, setzten sich die durch die Angriffe des Kapitals in Aufruhr gebrachten Proletariatsmassen in Bewegung. Das „Kapital“ hielt sich nun unter heftigem Umwehrfeuer zurück, was durch blinde Salven und Feuerwerksbomben symbolisiert war. Endlich mischt sich die vor dem Arbeitspalais postierte rote Armee in den Kampf, das Kapital flüchtet schleunigst, den Klumpen im Stich lassend. Die mit Fackeln ausgerüsteten Proletarier aller Länder steden den Klumpen in Brand, der unter großem Getöse zusammenbricht. Ein Geleit von Knasterbuben und Salutschüssen; ein Feuerregen von Raketen prasselt auf den Platz nieder, — das Weltproletariat feiert seinen Sieg. Die Veranlassung erlitt dadurch eine unerwartete Störung, daß sich plötzlich während der Vorstellung ein Sturmwind aus ungebetener Gatt erhob, die Signaldrähte zerriß und mit seinem Rauschen die Stimmen der Darsteller übertönte.

Au der Galerie Gurliit wird am 26. unter dem Titel „Primavera“ eine Ausstellung eröffnet, die außer Bildern älterer Kunst Werke folgender Künstler enthält: Braque, Cézanne, Eber, Krammer, Rie, Rodschka, Tonn, Nouen, Burmann, Henri Rousseau, Blaunin u. a. Mit einer größeren Zahl von Bildern sind vertreten Erich Krieger und zum ersten Male Delnat von Hügel und Alexander Mohr.

Ridby Impefoben wird im Deutschen Theater am 26. abends 8 Uhr, einen Tagabend mit teilweise neuem Programm geben.

Internationale und Ruhrbesetzung.

Hamburg, 24. Mai.

Am dritten Verhandlungstag begann die Sitzung erst nachmittags um 4 Uhr. Der Vormittag hatte die Delegierten zu einer Dampferfahrt vereinigt.

Vorsitzender Vandervelde teilt zunächst mit, daß als Sitz der neuen Internationale von dem Exekutivkomitee einstimmig London bestimmt worden ist. Ebenso einstimmig sind als Sekretäre Tom Shaw und Friedrich Adler gewählt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Die imperialistischen Friedensverträge und die Aufgabe der Arbeiterklasse“ spricht

Sidney Webb (England):

4½ Jahre sind seit dem Waffenstillstand vergangen, der angeblich den Krieg beenden sollte, und doch herrscht im Grunde genommen immer noch der Kriegszustand. Diese Anklage muß am stärksten gegen die alten Großmächte gerichtet werden, aber auch die neuen kleineren Staaten sind in großem Maße verantwortlich zu machen. Die politische und wirtschaftliche Verwüstung ist verursacht durch die Friedensverträge. Die Urheber dieser Verträge haben die ökonomischen Momente und die Grundsätze der Moral sowie der Gerechtigkeit völlig außer acht gelassen. (Sehr wahr!) Es handelt sich heute nicht in erster Linie darum, was die besiegten Völker leisten sollen, sondern was sie leisten können. Worauf es hauptsächlich ankommt, ist die Wiedergutmachung der Zerstörungen. Die moralische Verpflichtung hat Deutschland wiederholt anerkannt. Aber die Wiedergutmachung darf nie den Vorwand bieten zur Unterdrückung und zur Zerstörung der Wirtschaft in Deutschland und Ostpreußen. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt als zweiter

Referent Hilferding (Deutschland)

Wir haben heute das Fazit jener Entwicklung zu ziehen, die uns lange voneinander getrennt hat: haben uns zu fragen: Wie ist die wirtschaftliche Situation, und welches sind die Folgen, die wir aus ihr zu ziehen haben? Der Krieg des Imperialismus ist geführt worden um die Beherrschung der Quellen des Reichtums und der Macht. Er hat mit einer furchtbaren Zerstörung des Reichtums und der Weltwirtschaft. Er hat weiter mit sich gebracht eine völlige Störung des Gleichgewichts der Produktion. Die am Kriege beteiligten europäischen Länder verarmen. Japan und Amerika und die neutralen Länder haben ihre Produktion in raschestem Tempo erweitern können. Der Krieg hat die altgewohnten Handelswege unterbrochen und die Finanzen zerrüttet. Er hat innerhalb der einzelnen Länder eine völlige Verschiebung in den Produktionsverhältnissen geschaffen. Was der Krieg geschaffen, haben die Friedensverträge fortgesetzt. Die Urheber dieser Verträge konnten nicht einmal den Mechanismus des kapitalistischen Systems genau, um sich vor den größten ökonomischen Irrtümern zu schützen. Sie gehen von dem Grundertum aus, daß es möglich sei, aus einer nationalen Wirtschaft große Erträge in eine andere zu überführen. In der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet eine solche

Tributzahlung.

sobald sie über ein gewisses Maß hinausgeht, den Zwang für die betreffende Wirtschaft, Scheuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu treiben. Diese Steigerung des Exports sollte zu einer Zeit unternommen werden, wo die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes durch den Krieg und die Unsicherheit nach dem Kriege außerordentlich vermindert war. Die Mächte, die den Versailler Vertrag gemacht haben, konnten sich über die Höhe des Tributs nicht einigen. Immer weiter wurde die Lösung hinausgeschoben, und noch heute ist diese Unsicherheit nicht beseitigt. Es ist nicht möglich gewesen, eine vernünftige Lösung für die Reparationsfrage zu finden. Das war anders, als die Vertreter der sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens, Englands, Italiens und Deutschlands zum erstenmal zusammentraten, um eine solche Lösung zu suchen. Wir konnten die Richtlinien dafür aufstellen, die seitdem immer mehr als die einzig brauchbaren anerkannt sind, weil wir zusammengekommen sind nicht nur als Deutsche, Belgier, Franzosen, Italiener und Engländer, sondern auch als Sozialisten. Wir deutsche Sozialisten fühlen uns nicht nur als die Anwälte unseres geschlagenen Volkes und des Proletariats, das unter den Wirkungen der Friedensverträge ungebührlich leiden muß, sondern auch verantwortlich für das Schicksal des französischen und belgischen Proletariats, das unter den Greueln des Krieges so Entsetzliches ausgestanden hat. (Bravo!) Deshalb können wir uns verstehen mit den belgischen und französischen Sozialisten. Nicht nur als Folge des Versailler Vertrages, sondern

als moralische Verpflichtung des deutschen Volkes anerkennen wie die Notwendigkeiten der Reparationen.

(Bravo!) In demselben Geist haben die französischen und belgischen Sozialisten Protest erheben müssen gegen jene Sanktionen und Gewalttätigkeiten, die den Krieg im Frieden fortsetzen, und wir verstanden uns alle mit den englischen Genossen, als sie erklärten, daß die Wiedergutmachung beschränkt bleiben müsse auf die Reparation der wirklichen Schäden, und daß gestrichen werden müsse die Bestimmung über die Zahlung von Militärpensionen durch Deutschland, die den Waffenstillstandsbestimmungen widerspricht. Es wird die Aufgabe der sozialistischen Parteien in allen Ländern sein, das von uns aufgestellte Programm mit der ganzen Macht ihres politischen Einflusses auch den noch widerstrebenden Regierungen aufzudrängen. Das ist im Augenblick unsere wichtigste praktische Aufgabe, weil der Zustand, den die Friedensverträge geschaffen haben, für das Proletariat in der ganzen Welt immer mehr zu einer Katastrophe wird. Diese Unsicherheit macht jede vernünftige Finanzwirtschaft unmöglich. Eine nie dagewesene Inflationswirtschaft bringt die schwersten sozialen Konsequenzen mit sich, eine Zunahme der Verelendung der Arbeiterklasse, ein fortschreitendes Sinken der Löhne.

Die deutschen Löhne

stehen heute im besten Falle 75 Proz. des Reallohnes im Frieden dar; das sind, im Gold ausgedrückt, nur ein Fünftel der amerikanischen und ein Fünftel der englischen Löhne. Ganze Völker sterben daran und verhungern. Die Friedensverträge haben weiter eine Balkanisierung in Europa geschaffen, die für die gesamte Weltwirtschaft außerordentlich bedenklich ist. Es sind eine neue Staaten und fünf neue Staatenähnliche Gebilde geschaffen worden. Wir Sozialisten begrüßen es gewiß, daß die Nationen zur staatlichen Selbständigkeit ermahnt sind (Bravo!), aber wir wollen nicht verkennen, daß manche dieser Staaten in ihrer Politik noch behaftet sind mit dem Geiste der Geburt aus den imperialistischen Friedensverträgen. (Sehr richtig!) Alle diese Staaten treiben eigene Wirtschaft, Transport, Währung und Schutzpolitik. Durch die Neuerrichtung von Schutzzollmauern wird die Einheit des Weltmarktes durchbrochen, und wir sind wirtschaftlich zurückgeworfen auf den Zustand vor der Bildung der großen europäischen Nationalstaaten. Diese Politik der Ausfuhrverbote, der Schutzzölle, ist um so gefährlicher, als sie erfahrungsgemäß die sozialen Gegensätze immer mehr schüren. Aufgabe des sozialistischen Proletariats muß es sein, dafür zu sorgen, daß die ökonomischen Notwendigkeiten eines einheitlichen Weltmarktes wiederhergestellt werden. (Bravo!) Der Krieg hat weiter eine ungeheure Verschuldung hinterlassen, eine

solche gegenseitige Verschuldung.

die eine fortwährende Auserlegung von Tributzahlungen an einzelne Staaten mit sich bringt und so diese Staaten zu Schuldschlägen, zu Sklaven auswärtiger Staaten macht. Es ist daher notwendig, daß die Kriegsschulden liquidiert werden müssen durch einen gegenseitigen Verzicht der Staaten auf die Zurückzahlung.

Wir haben weiter als Folge des Krieges einen Produktionsausfall in den wichtigsten Staaten um die Hälfte gegenüber dem Frieden. Dadurch ist die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen in dem Ausmaß, wie sie der Versailler Vertrag und der Londoner Zahlungsplan verlangen, unmöglich. Der damalige französische Finanzminister Doumergue meinte, Deutschland könne seinen Export leicht von 10 auf 15 Milliarden bringen. Dabei ist umgekehrt der Weltmarkt und insbesondere der deutsche Export auf die Hälfte reduziert. Auch in den Siegerländern ist infolge der Inflation die Arbeiterschaft auf das härteste betroffen durch die Gehälter der Arbeitslosigkeit. 1921 und 1922 sind schätzungsweise zehn Millionen Arbeiter arbeitslos gewesen. Dazu kommt die Verunsicherung der Weltwirtschaft durch

die stehenden Armeen.

Es ist das unerhörteste Paradoxon des Krieges, daß nach dem Kriege die stehenden Armeen noch mindestens um 1 Million Soldaten vermehrt worden sind. (Hört! hört!) 5 Millionen Leute sind durch diesen Militarismus der Wirtschaft entzogen. Das zusammen mit der Arbeitslosigkeit bedeutet schätzungsweise einen Ausfall an Arbeitsstunden von 26 Milliarden. Gering gerechnet, mußten von 1918 bis 1921 8 Milliarden Goldmark für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden, vor allem in Amerika und Großbritannien. So hat die Verlängerung des Krieges durch die Friedensverträge den Siegerländern viel mehr gekostet als die Erfüllung der Reparationen in einem großen Maßstabe ihnen einbringen können. Diese Arbeitslosigkeit, diese Einschränkung der Produktion in einer Zeit, wo die Welt nach Waren hungert, wo Hungersnot Millionen in Ost- und Südosteuropa hinweggerafft hat, während Amerika in Gold erstickt, beleuchtet am besten den Wahnsinn der kapitalistischen Ordnung. (Lebhafte Zustimmung.) Vom sogenannten „Kriegssozialismus“ ist als reale Tatsache nur geblieben die Ungeheuerlichkeit der Kriegsgewinne. Eine kleine Zahl von Kapitalisten ist ungeheuer bereichert und in den Stand gesetzt worden, die Herrschaft über alle Kraftquellen und Produktionsmittel auszuführen. Sie ist so expropriert worden, wie der Kapitalismus expropriert hat. Sie ist die Heiligkeit der Verträge und des Eigentums so verletzt worden, wie während und nach dem Kriege. Das hat lediglich zu einer neuen gigantischen Anhäufung von Eigentum und

Herrschaft über das Eigentum der Nationen in den Händen der Kapitalisten

geführt. Dieser neue Kapitalismus gliedert sich nicht nach Staatsgrenzen, sondern nach Rohstoffen, nach Erzen, nach Kohlen. Er hat die Herrschaft über die ganzen Kraftquellen, auf denen die materielle Zivilisation, die ganze Kultur der Menschheit beruht. (Sehr wahr!) Dieser Internationale des Kapitalismus kann nur entgegenwirken die Internationale des Proletariats. Das Proletariat muß sich genau so international organisieren, wenn es überhaupt erst kampffähig werden will. Die neue herrschende Klasse hat den Geist der Gewalttätigkeit aus dem Krieg herübergerettet. Die Arbeiterklasse muß dieses unheilvolle Erbe aus dem Kriege überwinden. Sie muß den

Geist der Gewalttätigkeit austrotten

und den Aberglauben bekämpfen, als könnte man mit Gewalt, mit Putschen, mit Uebertümpelung eine neue Welt aufbauen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir Sozialisten sind durch die Erfahrungen um so mehr bestärkt in der Überzeugung, daß nur die demokratisch organisierte Selbstverwaltung, die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, also die völlige Umgestaltung der Gesellschaft, die Menschheit dauernd von ihren Leiden befreien kann. Die Revolution hat uns gezeigt, daß die Sozialisierung der Gesellschaft nicht in kurzer Zeit auf gewaltsthem Wege zu erreichen ist, sondern daß sie voraussetzt die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und andererseits die Erziehung des Proletariats zur Leitung der Produktion. Der Sozialismus muß das innere Ergebnis der Arbeiterschaft werden. Mit den neuen Aufgaben ist unsere Kraft gestiegen. Es gilt, in der neuen Internationale dem geschlossenen Kapitalismus gegenüberzustellen ein ebenso geschlossenes aber geistig überlegenes sozialistisches Proletariat im Kampfe um die Eroberung der Macht. (Lebhafte Beifall.)

Leon Blum (Frankreich)

geht zunächst ebenfalls auf die wirtschaftliche Situation nach dem Kriege ein und schließt sich in dieser Beziehung Hilferding Wort für Wort an. Die wirtschaftliche Situation kennzeichnet sich als Wirtschaftsanarchie. Der Vertrag von Versailles hat seine Vorgänger in den Verträgen von Wien vor 100 Jahren und von Utrecht von vor 200 Jahren. Aber der Vertrag von Versailles traf einen viel komplizierteren Apparat und mußte um so zerstörerischer wirken. Wer können auf einem internationalen Kongreß sehr freimütig über diesen Vertrag sprechen; denn wir haben ihn von Anfang an bekämpft, und kein französischer sozialistischer Abgeordneter hat für ihn gestimmt oder ihn unterschrieben. (Lebhafte Beifall.) Der Versailler Vertrag leidet unter einem unlösbaren Widerspruch. Wir finden einerseits in ihm die Spuren des Idealismus eines Wilson, eines Freiheitsgefühls, das die Selbstbestimmung der Völker fördert, aber andererseits auch die Spuren der alten Diplomatie, des Prinzips der reinen Gewalt, die die Hegemonie der früheren Zentralmächte zu ersetzen sucht durch eine neue Hegemonie anderer Staaten. Das zweite Grundübel des Vertrages ist, daß seine Urheber wirtschaftliche Tatsachen auf dem Wege der Gewalt umgestalten wollten in völliger Unkenntnis aller ökonomischen Gesetze. (Sehr wahr!) Aus dem Völkerbund macht dieser Vertrag einen Bund nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Regierungen. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß der

Vertrag Deutschland gewaltsam aufgezwungen

ist. Besonders verheerend ist die Aufzwingung des Bekenntnisses der alleinigen Schuld am Kriege, während doch dies Bekenntnis nur dann einen moralischen Wert hätte, wenn es freiwillig wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Schaffung neuer Staaten hat der Vertrag Grenzen festgesetzt, die mit dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker nichts mehr zu tun haben, sondern lediglich strategischen und anderen Interessen entsprechen. (Sehr wahr!) Das Prinzip der Reparationen entspringt auch einzeln einer idealistischen Auffassung, dem Prinzip, daß die gesamte Nation verantwortlich ist gegenüber den Einzelnen, die durch den Krieg geschädigt sind. Kriegsschadigungen im allen militärischen Sinne enthält der Vertrag nicht. Wir danken Hilferding und der deutschen Arbeiterklasse von ganzem Herzen für die grundsätzliche Anerkennung der Pflicht zu Reparationen. Wir können uns aber das Reparationsprinzip nicht als Kriegsrecht — ein solches kennen wir nicht —, aber als Ausfluß des Prinzips der Gerechtigkeit mit den deutschen Genossen leicht verständigen. Ein Verstum der Urheber des Versailler Vertrages ist fern, daß sie davon ausgehen, daß diesem Kriege ein unerhörtes Ausschlagen der Produktion folgen werde. Das Gegenteil ist eingetreten und gerade infolge des Versailler Vertrages. (Sehr richtig!) Unsere Aufgabe als Sozialisten muß sein, die Widersprüche, die in diesem Vertrag enthalten sind, auszuhalten, die wirtschaftliche Ordnung wiederherzustellen, einen Plan aufzustellen der dem einen bringt, was er braucht und nicht über die Leistungsfähigkeit der anderen hinausgeht. Von dieser Idee geht der Plan aus, den die Fünfländerkonferenz der Sozialisten aufgestellt hat. Deutschland muß das wirtschaftliche Wiederanflößen ermöglichen werden. (Bravo!) Dazu muß es frei arbeiten, muß Ausfuhrfreiheit haben. (Sehr richtig!) Das wohlverstandene nationale Interesse kann nie in Widerspruch stehen zum wohlverstandenen internationalen Interesse. (Sehr richtig!) Wir bitten den Kongreß, den in diesem Geiste aufgebauten Plan der Fünfländerkonferenz zu dem

seinigen zu machen und die Aktion für seine Verwirklichung durchzuführen. Wir französischen Sozialisten wiederholen hier unser Verprechen, für die Durchführung dieses Planes in unserem Lande zu wirken. (Lebhafte Beifall.) Aus dieser Absicht entspringt auch

unsere Stellung zur Ruhrbesetzung.

Wir werden den Kampf gegen diese militärische Aktion, den wir von Anfang an geführt haben, mit aller Energie weiterführen. (Lebhafte Beifall.) Diese Besetzung bringt Frankreich und Belgien keine Reparationen. Sie peitscht weiter die nationalen Leidenschaften auf und dient so nicht der Lösung des Friedens. Die stärkste Sicherung des Lebens ist die Stärkung der demokratischen Republik. (Lebhafte Beifall.) Wir werden nicht aufhören, gegen jede Zerkübelung Deutschlands anzukämpfen. Als Sicherungen für Zahlungen dürfen niemals Millionen lebendiger Menschen genommen werden. (Stürmische Zustimmung.) Aber ebenso freimütig, wie wir dies von der Tribüne unseres Parlaments und hier erklärt haben, müssen wir auch erklären: Man spricht viel vom französischen Imperialismus. Gewiß, es gibt einen Militarismus in Frankreich, der zurückzuführen ist auf alte ruhmreiche Erinnerungen. Es ist auch richtig, daß dieser nationale Stolz sich oft bis zum Chauvinismus steigert. Aber ein

eigentlicher Annerkennung besteht nicht bei der großen Mehrheit des französischen Volkes.

(Bravo!) Nur einige Gruppen spielen vielleicht mit solchen Gedanken. Der beste Beweis für meine Behauptung ist, daß ein lebhafter Feldzug einzelner Kreise für eine Anexion des linken Rheingebiets keinen Widerhall in Frankreich gefunden hat. Selbst unser störrisches Parlament vermag solche Pläne nur ganz verächtlich zu verfolgen. Diejenigen, die solche Pläne offen aussprechen, bilden eine verschwindende Minderheit. (Bravo!)

Welches ist die gegenwärtige Lage Frankreichs? Finanziell hat es ungeheure Schuldenlasten zu tragen. Man sieht, der deutsche Kapitalismus ist nicht gewillt, Opfer zu tragen, und so entsteht bei uns das Gefühl, daß man nicht erhält, was man zu beanspruchen hat. Und dann herrscht nun einmal in Frankreich das Gefühl der Unsicherheit, das trotz der Entwaffnung Deutschlands nicht so leicht zu beseitigen ist, nachdem Frankreich 250 Jahre lang in der Angst vor einem deutschen Angriff gelebt hat. Dazu kommen die Resnungen über geheime Waffenlager usw. in Deutschland. Aus diesen Motiven heraus müssen die deutschen Genossen die Stimmung in Frankreich zu begreifen versuchen. (Sehr gut!) Aber wir sagen uns, es ist nicht möglich, daß einzelne Völker leben von der Demütigung anderer Völker. (Bravo!) Bei der Blüte jedes einzelnen Staates ist die Blüte aller Staaten gesichert. Dies zu erreichen, muß unsere Aufgabe sein. Es gilt, eine Gesellschaft zu schaffen, in der es keine Konflikte gibt,

eine Gesellschaft sozialistisch organisierter Staaten,

eine Gesellschaft der wahren Freiheit und des wahren Friedens. (Stürmischer, lautsprechender Beifall.)

Vorsitzender Crispin (Deutschland): Genosse Blum hat als Vertreter jenes Frankreichs gesprochen, mit dem sich auch die deutsche Arbeiterschaft solidarisch fühlt — trotz alledem. Seine Rede erinnert uns an Jaurès und andere tapfere Männer. Wir begrüßen seine Worte, die erfüllt waren von internationaler sozialistischer Geist. Wir werden uns mit Stolz auf diese Rede berufen, als Zeugnis dafür, daß wir als internationale Sozialisten das Gesamtinteresse der Völker der ganzen Welt vertreten, wenn wir daran arbeiten, die Welt zu befreien vom Kapitalismus.

Vandervelde:

Im Auftrage der belgischen Delegation stimme ich den Ausführungen Blums vollinhaltlich zu. Auch für uns ist bei seinen Ausführungen der große Schatten von Jaurès aufgestiegen, der für den Frieden gestorben ist. Zugleich gedanke ich bei dieser Gelegenheit auch anderer, die für den Frieden und für den Sozialismus steten. Ich denke an Haase, an Eisner, an Rosa Luxemburg. (Bravo!) In dem Augenblick, in dem ich hier den

feierlichen Protest der belgischen sozialistischen Partei gegen die Besetzung des Ruhrgebietes

wiederhole, der leider ohnmächtig blieb, denke ich daran, daß nach dem Kriege von 1870 zwei deutsche Sozialisten, Bebel und Liebknecht, den Mut hatten, gegen die Anexion von Elsaß-Lothringen durch den hegemonischen deutschen Imperialismus zu protestieren. Auch dieser Protest war damals ohnmächtig und trotzdem hat dieser Protest damals die Ehre des Sozialismus und der deutschen Arbeiterbewegung gerettet. (Erneuter lebhafter Beifall.) Von diesem unvergesslichen Beispiel wollen wir uns befehlen lassen, wenn wir nach Hause zurückkehren zur Führung des Kampfes für Frieden, für Veröhnung, gegen Gewalttätigkeit und Unterdrückung. In diesem Sinne bitte ich in dreifaches Hoch auf die Internationale mit einzustimmen. Der Kongreß stimmt begeistert in das dreifache Hoch des Verjüngten Wanderveldes ein.

Abends 9½ Uhr vertagt sich der Kongreß auf Freitag vormittag 9 Uhr.

Wirtschaft

Vom Baustoffmarkt. Am Baustoffmarkt seien wieder einmal mit der Entwertung der Mark und nach der Erhöhung der Kohlenpreise die Preise erheblich. Bezeichnend ist dabei, daß noch einem Bericht der „Bauwelt“ neuerdings zahlreiche Bauherren Baustoffe auf Vorrat gekauft und sofort bezahlt haben. Es macht sich also wieder die Hamsterei geltend, die auch durch die bevorstehende Frachterhöhung eine gewisse Nahrung erhalten hat. Obwohl im Inland Baustoffe knapp und teuer sind, ist die Ausfuhr von Zement, und zwar auch solchen, der mit Inlandkohle gebrannt ist, zunächst für zwei Monate freigegeben worden. Bisher kam nur solcher Zement zur Ausfuhr, der aus Auslandsöfen gebrannt war. Die Freigabe der Ausfuhr erfolgte im Hinblick darauf, daß im April, also vor der neuen Marktentwertung, eine Abkühlung herrschte.

Das Goldzollaufgeld beträgt vom 30. Mai bis einschließlich 5. Juni 1923 991.900 vom Hundert.

Gewaltige Zunahme der amerikanischen Textilindustrie. 111 Proz. beträgt die Zunahme der in den Textilfabriken der Vereinigten Staaten im Jahre 1922 verarbeiteten Baumwolle im Vergleich zu 1920, wo die Krise dort erst ihren Anfang nahm. Diese Ziffer deutet nicht nur auf die gewaltige Hochkonjunktur der Vereinigten Staaten hin, sondern läßt auch die Gefahr erkennen, die der europäischen Baumwollindustrie droht, wenn die Vereinigten Staaten ihre überall vorhandenen Baumwollvorräte vorantreiben werden. Angesichts dieser Gefahr macht das britische Reich Anstrengungen, um die Baumwollproduktion seiner Kolonien zu erhöhen.

Die Industrialisierung Südgrönlands macht große Fortschritte. Eine Anzahl von Waren, die früher eingeführt werden mußten, werden nunmehr im Lande selbst hergestellt. So kann die neu-erstandene Zementindustrie den Eigenbedarf des Landes decken. Dasselbe trifft für die Konservenindustrie, Schuindustrie und Sprengstofffabrikation zu. Die Errichtung einer Anzahl von Mollwarenfabriken ist ebenfalls im Gange; die Maschinen für die Einrichtung werden zum großen Teil von England geliefert.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist nachzutragen: 100 österreichische Kronen 77,70 Geld, 78,10 Brief; 1 ungarische Krone 10,34 Geld, 10,40 Brief; 1 bulgarische Lira 461,84 Geld, 484,16 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 577,55 Geld, 580,45 Brief; 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 1,02 Mark.

Gewerkschaftsbewegung

Unruhe Geheimnisträumerei.

Als am 6. und 7. April im Reichsfinanzministerium über die Reichslöhne und -gehälter verhandelt wurde, mit dem Ergebnis, daß den Beamten am 14. April drei Viertel eines Monatsgehalts, und am 15. Mai ein weiteres Viertel zu zahlen sei, wurde diese Gehaltserhöhung in Form eines 13. Monatsgehalts — umschrieben. Offiziös wurde als Ergebnis bezeichnet, daß die Stützungssaktion der Markt unter allen Umständen gefördert werden muß, weil die Erzielung von Preisstillstand und Preisabbau und damit die Besserung des Realeinkommens wertvoller ist als jede Vermehrung des nominalen Papiermarkteinkommens. In Erkenntnis dieser Tatsache wurde von einer Teuerungssaktion in der bisherigen Art Abstand genommen.

Die Tatsache der einmaligen Zahlung eines doppelten Monatsgehalts wurde, wie gesagt — umschrieben. Sie sollte verschwiegen werden, um die Arbeitnehmer der Privatindustrie mit ihren Forderungen auf Lohnzulage zurückzuhalten. Welche Anstrengungen hierzu bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gemacht wurden, das ist inzwischen genügend bekannt geworden.

Trotzdem sich damals schon nach wenigen Tagen herausstellte, in welcher anderer Art die Teuerungssaktion zugunsten der Beamten unternommen wurde, scheint diese Geheimnisträumerei weiter betrieben zu werden, mit dem gleichen Erfolg. Der „Rote Jahne“ wurde von irgendeinem Mitglied der Kommunistischen Partei, das im Tabakarbeiterverband eine Vertrauensstellung bekleidet, diese Vertrauensstellung jedoch zur höheren Ehre der KPD. mißbraucht, ein Rundschreiben der Verbandsleitung an ihre Vertrauensmänner ausgeliefert.

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium führten dazu, daß den Tabakarbeitern bis zum 15. Mai eine Lohnzulage von 20 Proz. und vom 16. bis 31. Mai eine weitere Zulage von 20 Proz. zugestanden wurde. Wie nun aus dem Rundschreiben hervorgeht, wünschte das Reichsarbeitsministerium, daß keine Veröffentlichung der prozentualen Erhöhung der Löhne für die Tabakarbeiter in der Presse erfolgen soll. Der Tabakarbeiterverband kam diesem Wunsch nach, machte die neuen Löhne in seinem Verbandsorgan nicht bekannt, sondern informierte seine Jahrestellen durch Rundschreiben darüber. Auf diesem Wege kommt das prozentuale Ergebnis in die kommunistische Presse.

Selbst wenn die Zulagen für die Tabakarbeiter das Doppelte betragen würde, ließe sie sich aus den besonderen Verhältnissen heraus rechtfertigen, ohne daß damit eine generelle Entscheidung über die allgemein notwendige Erhöhung der Lohnzulagen für Mai gegeben wäre. Auch wenn man dem Reichsarbeitsministerium die besten Absichten bei seinen Wünschen auf vertrauliche Behandlung dieses oder jenes Schiedspruches zugesieht, so scheint es uns dennoch verfehlt, die Ergebnisse der Lohnverhandlungen der Öffentlichkeit vorzuenthalten. In besonderen Fällen genügt ein knapper Hinweis darauf, daß die ungewöhnliche Situation der betreffenden Arbeitnehmergruppe eine außergewöhnliche Maßnahme notwendig machte. Dafür hat auch die Arbeitnehmerschaft günstiger gestellter Berufe Verständnis. Nicht aber für Geheimnisträumerei, die doch nicht unbekannt bleibt und die dann allen möglichen Vermutungen und Unterstellungen Raum bietet. Solche Geheimnisträumerei ist nicht nur unnütz, sondern schädlich, da sie schließlich das Vertrauen zur Spruchkraft des Reichsarbeitsministeriums untergräbt.

Wenn das Kommunistenblatt auch diese Gelegenheit benützt, um gegen die Gewerkschaftsführer Stimmung zu machen, so deshalb, weil es die Gewerkschaftsführer als schärfste Gegner der KPD. betrachtet, die Gewerkschaften ihrer Diktatur unterzuordnen. Jeder Angriff der kommunistischen Presse ehrt die Gewerkschaftsführer. Ein Gewerkschaftsführer, den sie lobte, kann nur ein Schädling der Gewerkschaften sein.

Vorlage für die Beamtengehälter.

Da die Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Beamtenorganisationen über eine Neuregelung der Grundgehälter nicht zur Einigung führten, hat das Ministerium eine Vorlage ausgearbeitet, die noch in dieser Woche an das Kabinett geht. Die darin vorgesehene Neuregelung läuft in ihrer praktischen Wirkung auf eine 18fache Erhöhung der Grundgehälter hinaus. Dazu kommen die Ortszuschläge, die in der Ortsklasse A 73 000 bis 108 000 Mark betragen. Neu ist die Haushaltzulage, die die bisherige Frauenzulage ersetzt und auch solchen verwitweten Beamten gewährt werden soll, die einen eigenen Haushalt haben. Die Kinderzulage soll erst für Kinder über 16 Jahre gefürzt werden. Die Vorlage nimmt sich auch der Pensionäre an. Der Pensionär soll mit 25 Proz. seines Gehalts beginnen. Nach 10 Dienstjahren bis zum 25. Jahre steigt die Pension um 2 Proz. pro Jahr. Nach diesem Zeitpunkt findet nur noch eine Steigerung um 1 Proz. pro Jahr statt. Die Höchstgrenze der Pension wird von 75 auf 80 Proz. hinaufgesetzt.

Neue Forderungen der Vergarbeiter.

Die neue Preiswelle hat die Vergarbeiterverbände veranlaßt, bei den Unternehmern und dem Reichsarbeitsministerium die Anberaumung neuer Lohnverhandlungen zu beantragen. Diesem Entschluß ist stattgegeben worden. Die Verhandlungen beginnen Montag vormittag 11 Uhr in Berlin. In einer Vorbefprechung werden die Forderungen der Vergarbeiter formuliert werden.

Lohnabkommen in der Berliner Holzindustrie.

Im endgültig Stellung zu den Angeboten zu nehmen, die bei den letzten Lohnverhandlungen von den Arbeitgebern gemacht sind, waren die Vertrauensmänner und Betriebsräte aller dem Reichsmantelarif des Deutschen Holzarbeiterverbandes unterstellten Betriebe gestern abend in Kleins Festsälen versammelt. Böse berichtete über das Ergebnis. Die letzten Verhandlungen fanden gestern statt. Nach lebhaften Auseinandersetzungen boten die Arbeitgeber für die Zeit vom 13. bis 19. Mai 15 Proz., vom 20. bis 26. Mai 25 Proz. und vom 27. Mai bis 2. Juni 35 Proz. Hiernach stellt sich der Tariflohn auf rund 1829, 1938 und 2147 M. Die Montagesätze für außerhalb sollen für die ganze Tarifdauer pro Tag 7500 M. betragen. Die Montage an Orte soll sich um den gleichen Prozentsatz wie die Tariflöhne erhöhen. Das Verwaltungsverfahren und Verhandlungskommission sind nach gründlicher Prüfung aller in Frage kommenden Verhältnisse zu dem Entschluß gekommen, sich für die Annahme des Angebots zu erklären.

In der folgenden Aussprache kam eine sehr starke Unzufriedenheit mit dem Angebot zum Ausdruck. Mehrere Redner sprachen sich mit aller Schärfe für Ablehnung und sofortige Aufnahme des Kampfes aus. Nach einem längeren Schlusswort von Böse wurde zur Abstimmung geschritten, die Annahme des Angebots gegen eine ziemlich Minderheit ergab.

H. Wertheim verschickt Streifbretter!

Uns wird berichtet: Die Barenhausangestellten in Straßund stehen seit Donnerstag voriger Woche im Streik. Der Kampf ist ihnen aufgezwungen worden, weil die dortigen Arbeitgeber die Entscheidung der staatlichen Schlichtungsinstanzen sabotieren. Die Berliner Zentrale der Firma H. Wertheim greift nun in diesen Kampf ein, indem sie Streifbretter nach Straßund entsendet. Jedem dieser wackleren Streifbretter wurden 100 000 M. für Spesen und eine Fahrkarte zweiter Klasse eingehändigt. Offentlich haben die Straßunder Angestellten diesen Vertreter einen würdigen Empfang bereitet.

Ausgleichsforderungen für die Handelshilfsarbeiter.

Für die im Handel tätigen gewerblichen Arbeitnehmer hat der Deutsche Verlehrsband, Sektion I, für den Monat Mai infolge der außergewöhnlich eingetretenen Teuerung Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitgeberorganisationen nachgeschickt. Die Haupt-

funktionäre der einzelnen Branchen des Handelsgewerbes haben bereits zu diesem Beschluß Stellung genommen und erwarten, daß die einzelnen Arbeitgeberverbände noch in dieser Woche, spätestens aber in den ersten Tagen der nächsten Woche, die Verhandlungen aufnehmen.

Mähere Informationen erhalten die Mitglieder in den einzelnen Gruppen- und Branchensammlungen.

Der Streik im Kaiser's Kaffeegeschäft in Spandau ist beendet und die Arbeit am heutigen Tage wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband des Großhandels und dem Deutschen Verlehrsband, Ortsverwaltung Spandau, gestalteten sich recht schwierig, führten aber schließlich zu dem Resultat, den Streikenden folgendes Zugeständnis zu machen: Ab 1. bis 9. Mai werden 72 800 M. und ab 23. Mai bis 7. Juni 86 000 Mark pro Woche für verheiratete Arbeiter gezahlt. Unverheiratete und Frauen erhalten entsprechend der bisherigen Abstellungen erhöhte Löhne. Die gut organisierten Streikenden, die bis zur letzten Stunde fest zusammenhielten und entschlossen waren, im Kampf auszuharren, haben dann nach gründlicher Aussprache in geheimer Abstimmung beschlossen, das getrocknete Lohnabkommen anzunehmen.

In der letzten Aufab-Mitgliederversammlung, über die wir in Nr. 231 des „Vorwärts“ berichteten, ist, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, nachstehende Entschließung angenommen worden. Der Antragsteller, der uns diese Mitteilung macht, hält es für unrichtig, einen solchen Reim neuer Anschauungen nicht zu erwähnen und erucht uns um Veröffentlichung dieser Entschließung. Sie lautet: Die hergebrachten gewerkschaftlichen Wege der freien Vereinbarung sind nicht mehr zeitgemäß und genügen nicht, nach Erhaltung von den Sachlohn und Inzesturen durch Gefüge.

Ein Generalstreik der Pariser Bäcker ist nach einer Meldung des „Journal“ für heute abend, spätestens aber für Montag früh in Aussicht genommen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 14. Mai 1 108 000, das sind 35 196 weniger als in der Vorwoche.

29. Verwaltungsbefehl. Gewerkschaftsausschüsse. Der Arbeitslosenrat tagt am Sonnabend 7 Uhr in Reinickendorf, Provingstr. 106, bei Scheibe.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, den 25. Mai:

Bliesdorf, Jugendheim Bismarckstr. 12, Vortrag: „Alkohol und Nikotin“.
 — Oriz, Jugendheim Schaffstr. 46, Vortrag: „Wesen und Bedeutung der Sexualfrage“.
 — Zuffenstadt, Jugendheim Gemeindefchule Stadtschreiberstr. 34, Diskussionsabend: „Jugend und Familie“.
 — Realfeld II, Jugendheim Bogardstr. 3, Vortrag: „Vom Wunder des Lebens“.
 — Wertheim II, Jugendheim Christburger Str. 14, Vortrag: „Das Weltall“.
 — Petersburger Viertel, Jugendheim Gemeindefchule Grotzstr. 16, Vortrag: „Fotografie“.
 — Schöneberg III, Lindenhof, Jugendheim Schule im Lindenhof, Vortrag: „Nationalsozialismus“.
 — Sieglin, Jugendheim Albrechtstr. 46, Diskussionsabend: „Anter International“.
 — Adenauer Viertel, Jugendheim Gemeindefchule Mantelstr. 7, Vortrag: „Gegenrätliche Jugendbewegung“.

Verantwortl. für den Inhalt: Carl Reuter, Wn.-Schönberg; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Bernhardt-Verlag G.m.b.H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstraße 2, 1. u. 2. Stock.

DUNLOP

CORD

Im Gebrauch die billigste Bereifung
 Die Weltmarke bürgt für Qualität!

A. Wertheim

Sowohl
 Vorrat

Lebensmittel

- Zwiebelleberwurst . . . Pfd. 4440 M
- Rotwurst Pfd. 4440 M
- Landleberwurst . . . Pfd. 5800 M
- Sulzwurst Pfd. 6000 M
- Jagdwurst Pfd. 7200 M
- Fleischwurst Pfd. 7600 M
- Lachsheringe . . . Stück 590 M
- Makreilbücklinge . . Pfd. 2100 M
- Seelachs geräuchert Pfd. 2800 M

Prima fettes
Ochsenfleisch
 gefroren
 Kamm, Brust
 u. Bug Pfund **5000** M

Schnittlauch . . . Bund 30 M
 Radieschen Bund 120 M
 Mohrrüben Bund 250 M
 Schwarzwurzeln Pfd. 280 M
 Stachelbeeren grün 7 900 M

Frisches
Schweinefleisch
 Kamm, Rücken
 und Schinken
 m. Beilage **6800** M

Camembertkäse Schachtel 780 M
 Quadratkäse Pfd. 2700 M
 Harzerkäse Pfd. 2800 M
 Brikkäse Pfd. 2900 M
 Romatourkäse ohne Staa. Pfd. 3000 M
 Faustkäse Pfd. 3600 M
 Tilsiterkäse Pfd. 4800 M

Kaninchen gefroren, gestreift und ausgeworfen . . . Pfund **1300** M
 Gehacktes Rindfleisch Pfd. **5600** M

Leipziger-, Königstr. u. Moritzplatz
 Abteilung: Frische Blumen **Kräftige Tomaten-Pflanzen** Stck. **275** M

Deutscher Metallarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Berlin
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Fabrikanten
Karl Voller
 am 20. Mai gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 23. Mai, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes in der Epfstr. (Platz 45/46) aus statt.
 Unter Leitung der Revolverarbeiter
Ernst Bieske
 ist am 21. Mai gestorben.
 Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 26. Mai, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Baumhulshofweg, Niebühlstr. statt.
 Unter Leitung der Schlosser
Heinr. Pachali
 starb am 21. Mai.
 Die Einäscherung findet am Montag, den 28. Mai, nachm. 2 Uhr, im Krematorium Berlin, Grotzstr. 16, statt.
 Ihre Lieben Abschieden!
 Nege Beerdigung erwartet
 149-8 Die Ortsverwaltung.



Wollen Sie einen
**Anzug oder
 Schlüpfer**
 kaufen?
 vorabsichtigend Sie
 vor anderweitig
 Kauf meine
 Riese anläßt!
 Auf Kredit!
 Das Neueste in
 Jackett- u. Gehweg-
**Anzüge
 Ulster
 Schlüpfer**
 Gummi-Mantel,
 Damen-Konfektion
**Möbel-
 Einrichtungen**
 in 4 Etagen
A. DAMITT
 Rosenfelderstraße
 16-17.

Riegel
 250 g 350.—
 1000g 1 1/2 500.—
 Soda 1 kg 500.—
 Toilettenseife 350 450
Dittmer
 Ende Praterstr.
 110.

PIANOS
 Kauf
Römbildt, Leipziger Straße 119.

Bettwäsche! Leibwäsche!

Diese Woche bieten wir enorme Posten leicht angestaubter Bett- und Leibwäsche an. Alles durchweg außerordentlich gute Qualitäten und allerbeste Verarbeitung, worauf wir in unserer Fabrik ganz besonders Wert legen.

Wir liefern zum Beispiel:

Deckbetten Mk. 16 300	Untertailen Mk. 5 700
Kissen 3 900	Damenhemden 11 400
Laken 7 200	Beinkleider 11 400
Bunte Bezüge 22 800	Frottierhandtüch. 4 700
Bunte Kissen 4 500	Hemdentuch 3 900

Sonder-Angebot Größere Mengen gestickter Kissen mit Hohlraum . . . per Stück Mk. 21 500

Ferner bieten wir zu staunend billigen Preisen an: Wäschetuche, Handtücher, Wischtücher, Tischtücher, Tag- u. Nachthemden, Inletts, Nessel, Damast, Dimity usw.

Mengenabgabe vorbehalten

Central-Bettwäsche-fabrik

G. m. b. H.
 Fabrik und Hauptgeschäft C 2, Breite Str. 8-9 (neben Hertzog)
 Filiale Charlottenburg, Berliner Straße 99 :: Filiale Friedenau, Rheinstraße 38

Classo Moslem 80
 Zigarren + Tabak
 Zigarren + Tabak
 Hel-Ko, Wien
 Schokoladen
 Bonbons, Pralinen,
 sowie alle anderen
 Artikel der Branche
 gibt preiswert ab
Spletter & Co.
 Urbanstraße 63,
 Mpl. 7160.

Wohnungstausch

am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
 als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
 Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.
 Verband, mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftverkäufe
 Bei allen Zeitungsänderungen und Korrekturen zu haben.
 Verlag und Hauptanzeigeneannahme:
Zeitungs-Zentrale (ZZ) Aktiengesellschaft
 Jerusalemstr. 5/6 Fernsprecher: Donhoff 3110-3312

Vorwärts-Inserate
 verbürgen Erfolg!

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
 Als Selbsterwehler liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend
Trauringe
 1 Ring Du-stengold v. M. 50000 an
 1 Ring 385 gestempelt v. M. 30000 an
 1 Ring 333 gestempelt v. M. 22000 an
 Einfache Ringe 6000 Mk.
H. Wiese, Juwelier
 Berlin N, Artilleriestr. 10
 Berlin W, Passauer Str. 12
 bitte auf Hausnummer achten.
 Ausdrückliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
 Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
 Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt
 Telegr.-Adr. Trauringkanone Berlin.

Preisprüfungsstelle / Lebensmittelsteuerung.

Auseinandersetzungen im Stadtparlament.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kam es infolge einer Anfrage der Deutschnationalen zu einer Debatte über die Berliner Preisprüfungsstelle. Damen aus bürgerlichen Hausfrauenvereinen fühlten sich gekränkt, weil sie mit ihren Ansprüchen auf Vertretung im Hauptauschuss und in den Fachauschüssen abgefallen waren.

Preisprüfungsstellen.

Sie haben am 19. April Auskunft verlangt, nach welchen Grundrissen und auf Grund welcher Bestimmungen die Neuberufung der Verbrauchervertreter für den Hauptauschuss und Fachauschüsse der Preisprüfungsstelle Berlin erfolgt ist, sowie auf Grund welcher Bestimmungen die Wahlperiode der Mitglieder der genannten Ausschüsse mit dem 31. März 1923 für abgelaufen erklärt worden ist.

Hätten wir nur ehrliche Händler.

so bedürfte es solcher Stellen nicht, aber leider sei der ehrliche Handel nur sehr spärlich. Zu Konsumentenvertretern, die für den Wiederbeschaffungspreis stimmen zu müssen glauben, könne die Verbraucherschicht kein Vertrauen haben.

Tätigkeit der proletarischen Kontrollausschüsse. Damit schloß die Besprechung.

Der dritte Nachtrag zur Hundesteuerordnung und der weitere Nachtrag zur Gewerbesteuerordnung gelangten unter Ablehnung aller Abänderungsanträge nach den Ausschussvorschlüssen zur Annahme.

Den Vorlagen betr. die Fertigstellung und die Fortsetzung des Baues der Nord-Südbahn sowie der Aenderung der Bedingungen eines kurzfristigen Staatskredits für dieselbe erteilte die Versammlung nach den Ausschussvorschlüssen ihre Zustimmung.

Mit der

Aufnahme einer Roggenverleihanleihe

bis zur Höhe von 200 000 Zentner hat sich der Haushaltsauschuss einverstanden erklärt. Gen. Dr. Lohmann referierte; die Verzinsung darf 6 Proz. nicht übersteigen, die Tilgung soll mindestens 2 Proz. betragen.

Große Internationale Kundgebung

Sonntag, 27. Mai, vorm. 10 Uhr in der Böhlow-Brauerei, Prenzlauer Allee 242 und in der Neuen Welt, Hafensheide 108/114

Es werden sprechen:

Berger-Amerika, Hudson-England, Faure-Frankreich, Grumbach-Frankreich, Modigliani-Italien, Topalowitz-Jugoslawien, Domes-Oesterreich, Ellenbogen-Oesterreich, Adler-Oesterreich, Cermat-Tschechoslowakei, Abramowitsch-Rußland, Grimm-Schweiz, de Broedère-Belgien und bekannte deutsche Sozialisten.

Mitwirkend: Arbeiter-Sängerbund.

Zur Deckung der Unkosten 200 M. Eintritt.

Genossen! Sorgfältig dafür, daß diese Internationale Kundgebung eine machtvolle Demonstration wird für die Forderung in Hamburg neugegründete Sozialistische Arbeiter-Internationale.

nalen beschlossenen Zehn-Milliarden-Anleihe sei die Aufnahme einer solchen vorbestehenden Anleihe für Berlin eine Notwendigkeit. Die Vorlage wurde nach den Ausschussvorschlüssen genehmigt.

Die Gebühr für die Genehmigung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern soll nach einer Vorlage des Magistrats vom 21. März erhöht werden. In der Abstimmung fiel der Antrag der Deutschnationalen, ihn auf 300 000 M. zu erhöhen, und darauf wurde beschlossen, die Festlegung der Gebühr einem Ausschuss zu überweisen.

Der Magistrat hat beantragt, der vorläufigen Weitererhebung der Abgabe der Gas- und Elektrizitätswerke für soziale Zwecke in Höhe von 5 und 10 Proz. der Bruttoeinnahme bis zur Fertigstellung des Haushaltsplans für 1923 zuzustimmen.

Gen. Dr. Lohmann gab namens der Partei die Einwilligung, akzeptierte die Weitererhebung jedoch nur für jetzt und betonte nochmals, daß bei den Etatsberatungen die endgültige Zustimmung davon abhängen werde, ob es gelinge, einen Weg zu finden, um der minderbemittelten Bevölkerung eine billigere Gasbelieferung zu gewähren.

Zur Kenntnisnahme teilt der Magistrat mit, daß er sich infolge der am 25. Januar erfolgten Annahme eines Antrages der Wirtschaftspartei betr. Maßnahmen gegen das

Steigen der inländischen Lebensmittelpreise

stieg eben in voller Pracht am Horizonte auf, und die See wurde schon von einer leichten Morgenbrise gekräuselt.

Da kam der Steuermann auf Deck.

„Segel setzen,“ rief er.

Ich hatte kaum Zeit, Stone noch einmal die Hand zu drücken.

An einem Abende in Puna, wenige Wochen später, als die Leute, die das Kobra in Körbe füllten, aus dem Laderaum herauskamen, merkte ich, daß ein schwarzbrauner Peruaner, der hinter den anderen zurückblieb, etwas unter seiner Bluse verborgen hielt.

„Siehst du den da?“ sagte ich zu Sullivan, der neben mir an der Luke stand.

Nach einigem Parlamentieren warf der Mann ein kleines Bündel mit Kleidern fort. Es waren Stones blau und weiß gestreifte Hemden, die die Knaben mitgenommen hatten, als sie sich auf die Reise begaben.

Indem ich die zerknitterten Hemden etwas glättete, ehe ich sie dem Schiffer übergeben wollte, merkte ich, daß etwas in den Zipfel des einen Hemdes eingeknotet war. Es war eine Handvoll großer, schöner Perlen.

Ich lieferte alles an den Schiffer ab und stand schon in der Tür, um wieder zu gehen, als mir plötzlich mein altes Versprechen einfiel.

„Vergeltung, Kapitän,“ sagte ich, „glauben Sie, daß ich zwei von den Perlen behalten dürfte? Ich will sie gern bezahlen. Ich glaube gewiß, daß Sam damit einverstanden wäre.“

Der Schiffer lachte. „Nehmen Sie doch soviel Sie wollen. Glauben Sie, daß der Cabbalero sie zurückgebracht hätte, wenn er nicht bei den Hammelbeinen gefast wäre!“

Ich bin kein Kenner, aber alle, die die Perlen sahen, bewundern ihren Glanz und ihre schöne Form. Ich freute mich schon darauf, eines Tages sie zu fragen, ob sie noch wußte, daß ich ihr ein paar Perlen aus der Südsee versprochen hatte. Hier wären ein paar, ob die ihr gefielen. Und dann wollte ich sie aus der Westentasche ziehen.

Wenn ich nun, sobald ich an Land kam und Ruhe hatte, einen Brief, meine Pläne für Ranawaj betreffend aufsetzen würde, da dürfte ich eine solche Kleinigkeit wie zwei Perlen natürlich nicht erwähnen.

Ich grübelte viel über diesen Brief nach, schrieb ihn in Gedanken einmal über das andere, änderte und änderte. Ohne Zweifel wurde dieses der bedeutungsvollste Brief, den ich je im Leben geschrieben hatte. Dieser Brief oder vielmehr ihre Antwort sollte ja über ihre und meine Zukunft entscheiden.

Da kam der Schiffer eines Tages mit einem Brief an mich an Bord. Fahr wohl, Ranawaj! Fahr hin alles, was das Leben überhaupt lebenswert macht!

Ich will nicht näher auf diesen Brief eingehen, will sie auch nicht treulos nennen. Wir hatten ja nie im Ernste von alledem gesprochen, aber ich dachte doch, daß sie mich ver-

infolge Erhöhung des Dollarkurses an den Reichsernährungsminister gewandt und auch einen eingehenden Bescheid erhalten hat, der im wesentlichen auf die Stabilisierung der Markt als preisdrückendes Abhilfemittel verweist.

Nach in später Stunde knüpfte sich hieran eine längere Erörterung, in welcher Schwend (Komm.) u. a. Enteignung des Großgrundbesitzes propagierte. Reuter (Soz.) verwies demgegenüber zunächst auf den im Reichstag eingebrachten großen Siedlungsantrag der sozialdemokratischen Partei. Dann aber betonte er scharf, daß der Magistrat einer Viermillionenstadt doch wenigstens hätte andeuten müssen, was er diesen schweren Räten gegenüber mit den ihm trotz alles wirtschaftlichen und finanziellen noch verbliebenen Mitteln zu tun gedenke; es habe bisher durchaus an seiner Initiative gefehlt, es müsse unbedingt etwas getan werden. (Beifall.)

Es wurde Ausschlußberatung beantragt, aber zur Abstimmung darüber kam es nicht, um 9 Uhr 35 Minuten ging die Sitzung an Beschlußunfähigkeit zu Ende.

Demonstrierende Arbeitslose.

Vor dem Rathaus in Neutölln fanden gestern mittag Demonstrationen Arbeitsloser statt, in deren Verlauf die Polizei eingreifen mußte. Zu ernsthaften Ausschreitungen ist es nirgends gekommen. Wir erfahren darüber folgendes:

In den letzten Tagen war durch Handzettel unter den Arbeitslosen in Neutölln dafür Stimmung gemacht worden, eine Demonstration zu veranstalten. Am gestrigen Mittag fanden sich vor dem Rathaus dann auch etwa 200 bis 300 Arbeitslose im jugendlichsten Alter zusammen. Einige Redner hielten Ansprachen, in denen sie außerdem die Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe, sowie die Gewährung von Naturalzuschüssen seitens der Stadtverwaltung verlangten. Schließlich zogen die Demonstranten in das Rathaus, wo eine Deputation den Bürgermeister zu sprechen wünschte, der allerdings nicht im Hause war. Dieser Mitteilung schenkte man keinen Glauben und die auf den Korridoren versammelten stießen gegen die Beamten Drohungen aus. Es gelang den Beamten schließlich, die Menge wieder auf die Straße abzu- drängen, doch mußten vier Personen die tätlichen Widerstand leisteten, durch Schuss festgenommen werden.

Wolffs Bureau teilt über die Vorgänge folgendes mit: Gestern nachmittag verammelten sich Arbeitslose in größeren Scharen vor dem Rathause in Neutölln. Eine Deputation begab sich in das Gebäude und überreichte die Forderungen der Arbeitslosen. Nachdem eine Einigung erzielt worden war, zogen die Arbeitslosen wieder ab. Einer der Führer hielt eine Ansprache, wurde aber, da er die Massen aufzureizen versuchte, von der Polizei festgenommen. Auf dem Wege zur Wache erfolgten noch drei weitere Festsetzungen.

Somit die Tatsachen, aus denen hervorgeht, daß es sich um Randallierungen einiger ausgebehrter junger Leute handelt, die niemand als Bedrohung der öffentlichen Sicherheit auffassen wird. Als unerbört muß es aber bezeichnet werden, wenn der schwerindustrielle „Tag“ seine Redaktionsgabe mit der rotuntertridhen Ueberfahrt „Kommunistische Unruhen in Neutölln“ versieht und nach „Gelsenkirchener Muster“ von einer „Aushebung der Arbeiter-schaft“ spricht. Hier scheint der Wunsch der Partei des Gedankens, kommunistische Unruhen nach Gelsenkirchener Muster sind es, die den Herrschaften von rechts auch für Berlin in den Krän passen würden. Die Masse der Spießer in Furcht vor den Kommunisten zu halten, um sie um so leichter in das eigene falschlich-nationalistische Fahrwasser ziehen zu können, darin dokumentiert sich heute die Hauptaufgabe eines großen Teils der Rechtspresse.

Erhöhte Milchzufuhren nach Berlin. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Milchzufuhren haben in den letzten Tagen zugenommen, so daß auch ein höherer Bedarf der Bevölkerung befriedigt werden kann. Es wird darauf hingewiesen, damit nicht durch mangelnde Nachfrage größere Mengen Milch dem Frischverbrauch entzogen und notgedrungen anderen Zwecken zugeführt werden müssen.

13]

Heimweh.

Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Nylander.

(Schluß.)

Schweren Herzens hatte ich Stone und seiner Frau Lebewohl gesagt. Und durch die Fahrt zum Schoner zurück war mein Gemüt auch nicht leichter und hoffnungsvoller gestimmt.

Es dauerte daher lange, bis ich einschlief, aber selbst im Schlafe noch verfolgte mich das Unisegliche, was geschehen war. Ich erwachte starr vor Schrecken nach einem langen Traum, in dem ein riesengroßer Hai dicht neben mir mit zischendem Laut seinen Rachen öffnete und mich berührte.

Bong Lee stand über mich gebeugt und schüttelte mich an den Schultern.

Mein erster Gedanke war, daß man etwas Neues erfahren hätte, vorsichtig zog ich die Füße in die Höhe und fühlte nach, ob meine Hände frei wären.

„Was gibst du, Bong,“ fragte ich.

„Kommen Sie,“ sagte der Chinese flüsternd.

Ich sprang rasch auf und folgte ihm.

Es war noch Nacht. Nur auf dem Bergesgipfel kündete ein leichter Schimmer von Gold und Purpur den kommenden Tag an, und im Osten sängen die Sterne an zu verlöschen.

Bong Lee presste einen Finger auf den Mund und führte mich an den Platz, wo er seine Hängeboje hatte. Pah auf, dachte ich, jetzt gibt es eine Pfütze Wasser über den Kopf oder etwas Ähnliches.

Er legte das Ohr an einen Ventilator in der Nähe der Hängematte und stand lange still. Dann machte er mir ein Zeichen, zu lauschen.

Deutlich hörte ich vom Laderaum herauf das Weinen eines Kindes. — Jetzt sprach auch jemand.

„Das sind Sam und Elias!“ rief ich und verspürte Lust, Bong Lee zu umarmen, sein taigiges, gelbes Gesicht zu küssen und ihn ein paarmal herumzuschwenken.

„Sam und Elias! Verstehen Sie nicht, Bong?“ rief ich wieder und kniff ihn vor Freude in den Arm. „Sagen Sie es dem Kapitän, Bong! Aber rasch!“

Nicht drei Minuten später ging eine Rakete knatternd und zischend von dem Schoner aus in die Höhe. Es war das vereinbarte Signal für ein Boot von Land.

„Wir schicken lieber noch eine herauf!“ rief der Schiffer dem Steuermann zu, „dann merkt Stone, daß wir sie beide haben.“

Und dann ging eine zweite Rakete in die Luft.

Mir schien, als ob Stone immer noch nicht alles begriffe, als Sam und Elias eine halbe Stunde später ihm um den Hals fielen, in demselben Augenblick, wo er den Kopf über die Reling steckte. Es sah aus, als müßte er ersticken.

Inzwischen war es lichter Tag geworden. Die Sonne

standen hätte. Kurz, es war die alte Geschichte: sie schrieb, sie wollte wie eine Schwester für mich sein, eine herzlich gute Freundin. Wollte auch alle Güte und Liebe nie vergehen. Und dann teilte sie zum Schluß ihre Verlobung, eine Kinder- und Jugendliebe, mit. Hochzeit im Frühling. Sie sei sicher, daß ich mich über ihr Glück freuen würde. —

In Guayaquil vertauschte ich die Perlen gegen einen von den seltenen, schönen roten Papageien. Den wollte ich sprechen lehren, nur ein paar Worte, ewig dieselben. Dann sollte eine junge Frau ihn zu Weihnachten oder zum Geburtstag oder zum Hochzeitstage bekommen. —

Ich hatte den Papagei mehrere Wochen, aber er zeigte durchaus keine Lust zu sprechen.

So tauschte ich ihn in Antofagasta gegen einen alten spanischen Dolch. Für diesen Dolch hatte ich keinerlei Pläne. Er nahm wenig Platz ein und war vielleicht ein guter Anfang für eine Waffensammlung.

Mehrere Jahre habe ich ihn besessen. Dann benutzte ich ihn einmal als Zugabe zu einem Tuchbeutel, das ich gegen gute Delleider, Jacke und Beinkleid, vertauschte, als wir uns auf der Heimreise dem Kap Horn näherten, und das Wetter anfang schlecht und rauh zu werden.

Die Delleider sahen zwar gut aus, aber sie taugten nichts. Als ich sie zum erstenmal bei anhaltendem Regen trug, war es mir klar, schon ehe eine Viertelstunde von meinem zwei Stunden langen Rudertörn vergangen war, daß sie gar nichts taugten. Das Wasser sickerte förmlich durch. Erst drang die Feuchtigkeit durch die Kermel. Schließlich auch auf die Schultern. Dann hatte ich ein Gefühl, als ob sich kleine Rinnale von Eiswasser vom Nacken über den Rücken hinunter und allmählich auch über die Brust ergößen. Nur wer einmal Ähnliches erlebt hat, kann sich von diesem Gefühl eine Vorstellung machen. Das Schiff schaukelte und tauchte in die See. Man brauchte kaum eine Speiche im Rade zu bewegen, aber wie festgekittet steht man da, während der Regen einem bis auf die Knochen oder wenigstens bis auf die Haut geht.

Da hat man Zeit zum Nachdenken. Ich dachte an die Delleider, die ich allzu teuer bezahlt hatte. Dann an den schönen Dolch, an den Papagei und an die Perlen. Die ganze Reise nach Ranawaj machte ich nochmals mit.

Wie es jetzt um Stone stehen mochte? Ob ihn immer noch das Heimweh zermürbte?

Und den Schiffer, Kapitän McRiath, der von den ruhigen, behaglichen Winterabenden auf Sabre Island träumte. —

Und den Steuermann, für den Oregon das Schönste und Beste war. —

Und Sullivan!

Ammer daselbe: Heim! Heimat! Heimweh!

Man kann auf der Erde der Seligen leben und man fröhlich über das Meer nach dem fernn Schiffe. Ein Wirbelwind weht vor der See auf die Erde ein paar Kiefern — vielleicht nur ein armerlicher Vogelbeerbaum, der seine Zweige über ein Grab ausstreckt!

